

FINANZEN UND STEUERN

FACHSERIE

14

Reihe 4

Steuerhaushalt

4. Vierteljahr und Jahr 1987

Statistisches Bundesamt
Bibliothek - Dokumentation - Archiv



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden 1

Auslieferung:
Verlag W. Kohlhammer GmbH
Abt. Veröffentlichungen des Statistischen
Bundesamtes
Philipp-Reis-Str. 3
6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Juni 1988

Preis: DM 4,90

Bestellnummer: 2140400 - 87724

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe
unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Inhalt

Seite

T e x t t e i l

1	Allgemeine Hinweise zur Statistik	5
2	Methodische Erläuterungen zur Statistik	6
3	Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1987	11
4	Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1987	16
5	Bemerkungen zu den Ergebnissen	23

T a b e l l e n t e i l

Ergebnisse für das 4. Vierteljahr 1987

1	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1987	
1.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	27
1.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	28
1.3	Nach Ländern	29
1.4	Nach Steuerarten und Ländern	30
2	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1987	
2.1	Nach Steuerarten und Ländern	34
2.2	Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	36
2.3	Nach Körperschaftsgruppen und Ländern	39

Ergebnisse für das Kalenderjahr 1987

3	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1987	
3.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	41
3.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	42
3.3	Nach Ländern	43
3.4	Nach Steuerarten und Ländern	44
4	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1987 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	48
5	Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1987 nach Ländern bzw. Steuerarten	51
6	Ausgewählte Zeitreihen	
6.1	Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1983 bis 1987	52

6.2	Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1987	52
6.3	Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1978 bis 1987	53
6.4	Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1978 bis 1987	53
6.5	Investitionszulagen 1978 bis 1987	53

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der
letzten besetzten Stelle, jedoch mehr
als nichts.
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage
nicht sinnvoll

Abkürzungen

Mill.	= Million	Gv.	= Gemeindeverbände
Mrd.	= Milliarde	GG	= Grundgesetz
BGB1.	= Bundesgesetzblatt	i.d.F.	= in der Fassung
AfA	= Absetzung für Abnutzung	i.d.R.	= in der Regel
AO	= Abgabenordnung	dt	= Dezitonne (100 kg)
EG	= Europäische Gemeinschaften	l	= Liter
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	hl	= Hektoliter
EFTA	= European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	vT	= vom Tausend
EStG	= Einkommensteuergesetz	vH	= vom Hundert
		StMZ	= Steuermeßzahl

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

1.1 Bund und Länder

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673, 782), geändert durch das "Zweite Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften" (2. Statistikbereinigungsgesetz) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Bundesanzeiger	}	monatlich
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung		
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen		

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	= monatlich
Fachserie 14, Reihe 4	= vierteljährlich, jährlich

Statistische Landesämter

Statistische Berichte L I/1 = monatlich, vierteljährlich

1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673, 782), geändert durch das "Zweite Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften" (2. Statistikbereinigungsgesetz) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	} = vierteljährlich,
Fachserie 14, Reihe 4	

Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

2 Methodische Erläuterungen zur Statistik

2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also auch Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen, Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten; ggf. ist das Aufkommen durch Erstattungen gemindert. Auf die einzelnen Begriffe wird im Abschnitt 2.2 eingegangen, auf das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung im Abschnitt 2.3.

Die Abgrenzung der in der vorliegenden Fachserie nachgewiesenen Steuereinnahmen zu den Ergebnissen in Fachserie 14, Reihe 2 "Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft" ergibt sich aus Pkt. 2.5 (Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken).

2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt/Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt zum einen von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, relativ eng. Wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern siehe Abschnitt 4, der über Zahlungsweise und -termine der finanziell bedeutsamsten Steuern informiert. Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend dargestellt werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1986 für die Jahre 1986 bis 1988 - sog. Hauptveranlagung; wobei für Steuerpflichtige mit inländischem Betriebsvermögen für 1984 und 1985 von Amts wegen eine Neubewertung durchgeführt wurde (Steuerentlastungsgesetz 1984). Eine zwischen zwei Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nachveranlagung" findet im übrigen nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung - unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

Wegen der Festsetzung der Steuermeßbeträge bei den Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, siehe Unterabschnitte 4.14 und 4.15.

- Vorauszahlungen/Teilzahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Zahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Sie belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat¹⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer²⁾).

1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Teilzahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.

2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

- Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbsteuer: Erhebungszeitraum; Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbsteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

Für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermaßbetrag festsetzen.

- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren festgesetzte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

- Rückzahlungen/Erstattungen

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) und/oder geminderter Besteuerungsgrundlagen (z.B. rückläufiger Gewinne) sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 7 b EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu

Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte. (Wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs siehe Unterabschnitt 4.1).

Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen und/oder Höhe einer Steuerschuld.

Nachsteuer

Erhebung bei Steuertariferhöhungen der Verbrauchsteuern für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG),
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
Zulagen gemäß § 19 BerlinFG:

2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S. 359) in Verbindung mit dem

- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969,

- BGBI. I S. 1432, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1987, BGBI. I S. 2764,
- Gemeindefinanzreformgesetz in der Neufassung vom 28. Januar 1985, BGBI. I S. 201 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer),
 - Zerlegungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971, BGBI. I S. 145, zuletzt geändert durch Drittes Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 22. Januar 1987, BGBI. I S. 470.

Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung)

Bund und Ländern gemeinsam

das Aufkommen aus der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer, der Kapitalertragsteuer, der Körperschaftsteuer und den Steuern vom Umsatz (Gemeinschaftsteuern),

dem Bund

das Aufkommen aus der Gesellschaft-, Börsenumsatz-, Versicherungs- und Wechselsteuer, den Zöllen und den Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) sowie der Ergänzungsabgabe (Bundessteuern),

den Ländern

das Aufkommen aus der Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Kraftfahrzeug-, Rennwett- und Lotteriesteuer, der Feuerschutzsteuer und der Biersteuer (Landessteuern),

den Gemeinden

das Aufkommen aus den Grundsteuern, der Gewerbesteuer und den örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern (Gemeindesteuern).

Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung)

den EG:

ab 1975: gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme geringer EGKS-Zölle) und Teile des Umsatzsteueraufkommens³⁾.

3) Von 1975 - 1979 führte die Bundesrepublik Deutschland den EG die ihnen zustehenden eigenen Einnahmen (außer Agrarabschöpfungen und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregelung (BSP-Schlüssel) zu; von 1980 bis 1985 wurden die Umsatzsteuerzahlungen an die EG nach Maßgabe eines bestimmten Prozentsatzes (höchstens 1 vH) - der auf EG-Ebene vereinbarten - "gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer" geleistet; mit dem Inkrafttreten des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 wurde auch der Finanzrahmen der Gemeinschaft angehoben: der Höchstsatz der Mehrwertsteuer-Eigenmittel wurde von 1 auf 1,4 vH der Bemessungsgrundlage erhöht.

dem Bund:

- die Bundessteuern (ohne Zölle),
- 42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
- 50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,
- 65 vH der Steuern vom Umsatz (abzüglich EG-Umsatzsteueranteil, abzüglich Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder),
- 50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Ländern:

- die Landessteuern,
- 42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
- 50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,
- 35 vH der Umsatzsteuern (zuzüglich Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder vom Bund),
- 50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

- die Grundsteuern,
- die Gewerbesteuer (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),
- 15 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),
- die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern⁴⁾.

Wegen der bisher bei den Gemeinden noch nachgewiesenen Anteile an der Grunderwerbsteuer siehe Pkt. 2.5 (Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983).

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen. In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

4) Das sind insbesondere Kino-, übrige Vergnügungs-, Hunde-, Getränke-, Schankergewinn-, Jagd- und Fischereisteuer.

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 15 vH des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung im gleichen Berichtszeitraum mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen (siehe auch Unterabschnitte 4.16 und 4.17).

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrhythmus wie für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinnahmten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 15 vH der im gleichen Zeitraum aufgetretenen Lohn-/veranlagten Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteuer-aufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

2.4 Regionaler Verteilungsmodus

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des

örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes, das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

Steuern vom Umsatz

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 15 vH der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgetretenen Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer zu. Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge bis zu 32 000, bei Zusammenveranlagung bis zu 64 000 DM entfallen.

Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer} \times 52}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt.

2.5 Verschiedenes

Jahresnachweis

Das Jahresergebnis wird ab Berichtsjahr 1981 durch Addition der vier Vierteljahre gebildet. Dabei bleiben Änderungen unberücksichtigt, die sich durch nachträgliche Berichtigungen ergeben können.

Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983

Nach Einführung des neuen Grunderwerbsteuerrechts zum 1. Januar 1983 behandeln die Länder den Teil des Grunderwerbsteueraufkommens, den sie ihren Kommunen überlassen, haushaltssystematisch unterschiedlich: Die meisten Länder verbuchen das Grunderwerbsteueraufkommen - mit Ausnahme von Abwicklungsbeträgen nach dem alten Recht (Zuschlag zur Grunderwerbsteuer) - voll als Landessteuer und überlassen ihren Gemeinden Teile davon als Zuweisungen, die in der vorliegenden Darstellung unberücksichtigt bleiben. Zu dieser Ländergruppe gehören Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (ab 1987), Hessen (ab 1984), Baden-Württemberg und Bayern. Die Länder Saarland und Bremen verbuchen nur den ihnen effektiv verbleibenden Teil als Landessteuer; den kommunalen Anteil verbuchen die Gemeinden/Gv. als originäre Steuereinnahmen. Eine Sonderstellung nehmen Hamburg und Berlin (West) (100 % Landesanteil) sowie Rheinland-Pfalz (100 % Kommunalanteil) ein. Aus den dargelegten Gründen ist der Einzelvergleich der staatlichen und kommunalen Anteile je für sich genommen gestört, es empfiehlt sich daher, nur das Grunderwerbsteueraufkommen insgesamt (staatliche und kommunale Anteile zusammengefaßt) zu Vergleichszwecken heranzuziehen.

Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder geleisteten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1987: 1 775 Mill. DM bzw. 4. Vj. 1987: 467 Mill. DM (1986: 1 667 Mill. DM bzw. 4 Vj 1986: 440 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg bei der Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden:

- EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

- Länderanteile an den Steuern vom Umsatz

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Steuern vom Umsatz"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Ist-Ergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gem. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

- Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der Stadtstaaten, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

- Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den Stadtstaaten erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4 (siehe unter 2.3 "Verteilungsmodus").

- Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

3.1 Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums (Wohneigentumsförderungsgesetz) vom 15. Mai 1986 (BGBl. I S. 730)

Mit dem Wohneigentumsförderungsgesetz, das am 1.1.1987 in Kraft trat, wird die steuerrechtliche Behandlung des selbstgenutzten Wohneigentums neu geregelt. Schwerpunkte des Gesetzes sind die Abschaffung der Nutzungswertbesteuerung der selbstgenutzten Wohnung, die steuerliche Gleichbehandlung von selbstgenutzten Wohnungen sowie die Aufstockung der Förderbeträge und die Ausdehnung des Baukindergeldes.

- Wegfall der Nutzungswertbesteuerung von selbstgenutzten Wohnungen

Durch die bisherige Nutzungswertbesteuerung wurden fiktive Einkünfte zur Besteuerung herangezogen; für die Nutzung der eigenen Wohnung sind künftig keine Steuern mehr zu zahlen.

- Gleichstellung der Besteuerung von selbstgenutzten Wohnungen in Zwei- und Mehrfamilienhäusern mit Wohnungen in selbstgenutzten Einfamilienhäusern und mit selbstgenutzten Eigentumswohnungen.

Nach bisherigem Recht waren die steuerrechtlichen Folgen unterschiedlich, je nachdem ob der Eigentümer eine Wohnung in einem völlig selbstgenutzten oder in einem teilweise vermieteten Haus selbst bewohnte. Steuerpflichtige mit Wohnungen in völlig selbstgenutzten Häusern oder mit selbstgenutzten Eigentumswohnungen unterlagen bisher der pauschalierten Besteuerung des Nutzungswertes ihrer Wohnung (§ 21a EStG) und konnten die Förderung nach § 7b EStG in Anspruch nehmen; hingegen wurden selbstgenutzte Wohnungen in Zwei- oder Mehrfamilienhäusern steuerlich nach der Einnahme-Überschuß-Rechnung behandelt mit der Möglichkeit der Absetzbarkeit aller Schuldzinsen und sonstiger Werbungskosten.

Mit der Neuregelung werden alle selbstgenutzten Wohnungen gleichbehandelt, unabhängig davon, ob es sich um eine Wohnung in einem Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus oder

Mehrfamilienhaus handelt; damit werden Verzerrungen beseitigt, die bisher durch die Unterschiedliche Besteuerung der selbstgenutzten Wohnung bestanden.

Da wegen des Wegfalls der Nutzungswertbesteuerung keine Einkunftsart im Sinne des Einkommensteuergesetzes mehr besteht und damit der systematische Ansatzpunkt für einen Werbungskostenabzug (einschl. des Abzugs der Absetzungen für Abnutzung) wegfällt, erfolgt die steuerrechtliche Förderung künftig im Bereich des Sonderausgabenabzugs.

Für vor dem 1.1.1987 hergestelltes oder angeschafftes selbstgenutztes Wohneigentum ist eine zwölfjährige Übergangsregelung beschlossen worden. Danach gilt für Eigentümer selbstgenutzten Wohneigentums, dessen Nutzungswert als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten oder Betriebsausgaben ermittelt wird, das bisherige Recht bis längstens 1998 weiter. Der Eigentümer kann aber bereits früher den Wegfall der Nutzungswertbesteuerung beantragen. Bei zur Zeit im Bau befindlichen Wohneigentum ist für eine Fortgeltung des bisherigen Rechts die Fertigstellung und die Selbstnutzung vor dem 1.1.1987, nicht aber die Stellung des Bauantrags oder der Baubeginn maßgebend.

Bei selbstgenutztem Wohneigentum, dessen Nutzungswert 1986 pauschaliert ermittelt wird, können bestehende Steuervergünstigungen auch nach dem 31.12.1986 weiter abgezogen werden. Steuerpflichtige, die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Neuregelung mit den erfolgten Absetzungen nach § 7b EStG oder mit erhöhten Absetzungen nach anderen Vorschriften oder mit dem erweiterten Schuldzinsenabzug nach § 21a Abs. 4 EStG begonnen haben, können diese Begünstigungen bis zu ihrem Ablauf weiterhin in Anspruch nehmen. Die steuerlichen Vergünstigungen der §§ 82a, 82g, 82i EStDV, des § 14b BerlinFG und des Schutzbaugesetzes bleiben in ihrer Wirkung für Maßnahmen erhalten, die nach dem 31.12.1986 innerhalb eines bestimmten Zeitraumes durchgeführt werden.

- Anhebung des Förderungshöchstbetrages nach § 10e EStG (bisher § 7b EStG) auf 300 000 DM

für Neubauten und Erwerbe aus dem Bestand unter Einbeziehung von 50 % der Grundstückskosten.

Die Förderung nach § 10e EStG kann grundsätzlich von jedem Steuerpflichtigen einmal im Leben in Anspruch genommen werden. Der förderungsfähige Höchstbetrag, nach dem sich der neue Abzugsbetrag bemisst, wird von bisher 200 000 DM bei Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen bzw. 250 000 DM bei Zweifamilienhäusern auf einheitlich 300 000 DM Herstellungs- oder Anschaffungskosten angehoben. Dabei wird gegenüber bisherigem Recht die Hälfte aller Anschaffungskosten für den dazugehörigen Grund und Boden in den Förderungshöchstbetrag mit einbezogen. Der Steuerpflichtige kann 8 Jahre lang 5 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich 50 % seiner Grundstückskosten, höchstens 15 000 DM jährlich, wie Sonderausgaben abziehen.

Der Neubau einer Wohnung und der Erwerb aus dem Bestand werden - wie bisher - steuerrechtlich gleichbehandelt.

Die bisherige erhöhte Abschreibung nach § 7b EStG für vermietete Wohnungen, die meist für Erwerber aus dem Bestand in Anspruch genommen wurde, fällt mit der Neuregelung weg; für diese Fälle ist nur noch die Normal-AfA nach § 7 Abs. 4 EStG möglich.

Die auf den vermieteten oder zu eigenen betrieblichen oder beruflichen Zwecken genutzten Teil des Gebäudes entfallenden Herstellungs- oder Anschaffungskosten bleiben für die Ermittlung des Abzugsbetrages außer Betracht. Da dieser Teil der Wohnung der Erzielung von Einkünften im Sinne des § 2 EStG dient, können die hierauf entfallenden Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen als Werbungskosten oder als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Die Steuerbegünstigung kann auch für Ausbauten und Erweiterungen an einer selbstbewohnten Wohnung in Anspruch genommen werden. Voraussetzung ist, daß auch der Ausbau oder die Erweiterung zu eigenen Wohnzwecken genutzt wird. Die Förderung des Ausbaus oder der Erweiterung eines selbstgenutzten Wohneigentums hängt künftig nicht mehr vom Alter der ausgebauten oder erweiterten Wohnung ab (bisher bei Fertigstellung vor dem 1.1.64 und bei Anschaffung nicht nach dem 31.12.1976).

Die bisherigen Möglichkeiten, Aufwendungen in der Bau- und Anschaffungsphase, z.B. Damnum und sonstige Geldbeschaffungskosten sowie Reparaturkosten bei Erwerben aus dem Bestand, steuerlich abzusetzen, bleiben in ihren Wirkungen erhalten.

- Ausdehnung der Kinderkomponente auf das erste Kind (§ 34f EStG)

Neben der Grundförderung ist auch die sogenannte Kinderkomponente nach § 34f EStG verbessert worden. Bisher wurde das sogenannte Baukindergeld in Höhe von 600 DM jährlich als Abzug von der Steuerschuld für das zweite und jedes weitere Kind gewährt; mit der Neuregelung wird das Baukindergeld in Höhe von 600 DM auf das erste Kind ausgedehnt. Alle Steuerpflichtigen erhalten somit für jedes Kind 600 DM als Abzug von der Steuerschuld für einen Zeitraum von 8 Jahren, wenn die Voraussetzungen des § 10e EStG gegeben sind.

- Behandlung von Zinersparnissen aus Arbeitgeberdarlehen

Zinersparnisse bis 2 000 DM, die bei Gewährung zinsloser oder zinsverbilligter, zum Wohnungsbau verwendeter Arbeitgeberdarlehen entstehen, sind steuerlich nicht dem Arbeitslohn zuzurechnen. Bisher blieben Zinersparnisse steuerfrei, wenn die Zinsen - falls sie tatsächlich gezahlt wurden - dem Grunde nach Werbungskosten oder Betriebsausgaben waren. Durch den Wegfall der Nutzungswertbesteuerung ist der Abzug der Zinsen als Werbungskosten oder Betriebsausgaben jedoch nicht mehr möglich.

- Sonderregelung für selbstgenutzte Wohnungen im land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen

Mit dem Wegfall der Nutzungswertbesteuerung entfällt auch für land- und forstwirtschaftliche Betriebe die Zurechnung des Nutzungswerts der eigenen Wohnung und der Wohnung des Altenteiles zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft. Auch hierfür gilt die Übergangsregelung von 12 Jahren. Die Übergangsregelung gilt ferner für nach dem 31.12.1986 fertig gestellte Wohnungen, die auf land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgrundstücken des Steuerpflichtigen errichtet werden und für die der Antrag auf Baugenehmigung vor dem 1.3.1986 gestellt worden ist, wenn die Wohnungen im Jahr der Fertigstellung vom Steuerpflichtigen selbst oder vom Altenteiler benutzt werden.

Die Wohnung des Steuerpflichtigen und die Wohnung des Altenteilers und der dazugehörige Grund und Boden gelten in dem Zeitpunkt als entnommen, bis zu dem die Nutzungswerte der Wohnungen letztmalig als Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft erfaßt werden, spätestens am 31.12.1998. Der Entnahmegewinn braucht nicht versteuert zu werden. Werden die Wohnungen während der 12-jährigen Übergangszeit veräußert oder entnommen, bleibt der Veräußerungs- oder Entnahmegewinn ebenfalls außer Ansatz. Das gleiche gilt, wenn die Wohnung vor dem 1.1.1987 einem Dritten entgeltlich zur Nutzung überlassen worden war und vor dem 1.1.1999 für eigene Wohnzwecke oder für Wohnzwecke des Altenteiles entnommen wird, wenn keine weitere eigene Wohnung oder Altenteil der Wohnung vorhanden ist, die bereits nach der allgemeinen Übergangsregelung steuerfrei entnommen werden kann.

- Entnahme selbstgenutzter Wohnungen in anderen Betriebsvermögen

Die Ausführungen über die Entnahme selbstgenutzter Wohnungen, die zum land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen gehören, gelten für im gewerblichen oder einer selbstständigen Arbeit dienenden Betriebsvermögen stehende Wohnungen entsprechend.

- Anhebung des Freibetrags nach § 14a Abs. 4 EStG bei der Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke zur Abfindung weichender Erben

Bereits mit Wirkung vom 1.1.1986 ist der Freibetrag nach § 14a Abs. 4 EStG bei der Veräußerung oder Entnahme land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke zur Abfindung weichender Erben von 60 000 DM auf 120 000 DM je weichender Erbe angehoben worden.

- Änderung des Berlinförderungsgesetzes

Die Änderungen des Berlinförderungsgesetzes dienen der Anpassung an die steuerrechtliche Neuregelung der selbstgenutzten Wohnung im Einkommensteuergesetz.

Die bisherige Abschreibungsvergünstigungen für Wohngebäude und Eigentumswohnungen sind in §§ 14a bis 15 BerlinFG geregelt. Hiernach werden sowohl fremdgenutzte als auch eigen-genutzte Wohnungen begünstigt.

In einem neuen § 15b BerlinFG sind die Regelungen für die eigengenutzten Wohnungen in

Berlin enthalten; sie lehnen sich weitgehend - unter Wahrung des Präferenzvorsprungs für Berlin - an den neuen § 10e EStG an.

3.2 Steuerbereinigungsgesetz 1986 vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436)

Einige Vorschriften des o.a. Gesetzes hinsichtlich Änderungen der Abgabenordnung sind erst am 1.1.1987 in Kraft getreten, dazu gehören

- Anhebung der Grenzen für die Buchführungspflicht

Durch Änderung des § 141 Abs. 1 AO werden für gewerbliche Unternehmer und Land- und Forstwirte einzelne Buchführungsgrenzen angehoben, nämlich die Umsatzgrenze von 360 000 DM auf 500 000 DM und die gewerbliche Betriebsvermögensgrenze von 100 000 DM auf 125 000 DM.

- Steuerbescheide

Bei fehlerhaften Steuerbescheiden ist die Möglichkeit der "schlichten Änderung" ohne Rechtsbehelfsverfahren praxisgerechter geregelt worden. Dies bedeutet, daß bei offenkundigen Fehlern der Finanzverwaltung in Zukunft in mehreren 100 000 Fällen pro Jahr kein förmliches Rechtsbehelfsverfahren mehr notwendig ist (§ 172 AO).

In § 173 Abs. 1 AO wurde eine Kleinbetragsregelung aufgenommen. Zur Vereinfachung unterbleibt die Änderung von Steuerbescheiden aufgrund neuer Tatsachen oder Beweismittel sowohl zu Gunsten als auch zu Ungunsten des Steuerpflichtigen, wenn die Abweichung von der ursprünglichen Festsetzung weniger als 1 % und weniger als 500 DM beträgt.

Durch eine bessere Fassung des § 237 Abs. 1 AO wird klargestellt, daß Aussetzungszinsen auch anfallen, wenn nicht gegen den Steuerbescheid selbst, sondern gegen einen Grundlagenbescheid ein Rechtsbehelf geführt wird und deshalb die Vollziehung des Steuerbescheids ausgesetzt wurde.

3.3 Gesetz zur Durchführung der 4., 7. und 8. Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinien-Gesetz) vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355)

Das Bilanzrichtliniengesetz ist grundsätzlich am 1.1.1986 in Kraft getreten. Die nachstehenden Vorschriften sind jedoch erstmals 1987 anzuwenden:

In Übereinstimmung mit dem Handelsrecht wird durch eine Änderung des § 7 Abs. 1 EStG die steuerliche Abschreibung des erworbenen Firmenwerts zugelassen. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des erworbenen Firmenwerts ist auf 15 Jahre festgelegt (die handelsrechtliche Nutzungsdauer beträgt regelmäßig 5 Jahre).

Außerdem erfolgte im Bilanzrichtlinien-Gesetz die gesetzliche Festschreibung des Grundsatzes der sogenannten umgekehrten Maßgeblichkeit; das bedeutet, daß steuerrechtliche Sonderabschreibungen, erhöhte Absetzungen und ähnliches nur in Anspruch genommen werden dürfen, wenn die entsprechenden Wertansätze auch in der Handelsbilanz vorgenommen werden.

3.4 Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Zweites Vermögensbeteiligungsgesetz) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2595)

Mit dem Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetz ist die durch das Vermögensbeteiligungsgesetz vom 22.12.1983 bereits verstärkte Förderung von Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer weiter ausgebaut worden, vor allem durch neue Wege der indirekten außerbetrieblichen Beteiligung an mittelständischen Unternehmen und durch Anhebung des Steuerfreibetrages nach § 19a EStG von 300 DM auf 500 DM. Die Regelungen über die Förderung der Vermögensbildung wurden vereinfacht, um Arbeitnehmern, Unternehmen, Anlageninstituten und Finanzverwaltung die Anwendung zu erleichtern.

Die wichtigsten Neuerungen:

- Änderung des Vierten Vermögensbildungsgesetzes (nunmehr Fünftes Vermögensbildungsgesetz)
Erweiterung des Anlagekataloges um Anteilscheine an Beteiligungs-Sondervermögen von Kapitalanlagegesellschaften, um Anteilscheine an in der Bundesrepublik Deutschland zum Vertrieb zugelassenen ausländischen Aktienfonds mit einem Mindestbestand an Aktien und um GmbH-Geschäftsanteile;
Eröffnung der Möglichkeit des zulagenunschädlichen Austauschs von verbrieften Vermögensbeteiligungen vor Ablauf der Sperrfrist;
Zulassung des Erwerbs von verbrieften und nichtverbrieften Vermögensbeteiligungen vom Arbeitgeber auch ohne Einschaltung eines Kreditinstitutes;

Zusammenfassung der Vorschriften des Vierten Vermögensbildungsgesetzes, des Spar-Prämiengesetzes und seiner Durchführungsverordnung unter den Gesichtspunkten der Straffung, Vereinfachung und Vereinheitlichung;

Regelung der Verträge mit einem Kreditinstitut über das Konten- und Beteiligungssparen sowie der Verträge mit dem Arbeitgeber zur Begründung und zum Erwerb von Vermögensbeteiligungen im Gesetz.

- Änderung des § 19a Einkommensteuergesetz
Anhebung des Lohnsteuerfreibetrages von 300 DM auf 500 DM;
Erweiterung des Anlagekatalogs wie im Fünftens Vermögensbildungsgesetz.
- Änderung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften
Zulassung von Beteiligungs-Sondervermögen, die außer Wertpapieren auch stille Beteiligungen enthalten, im KAGG.
- Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes
Zulassung der Anlage von Geldern der Versicherungsunternehmen in Anteilen an Beteiligungs-Sondervermögen.

3.5 Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2764)

Gegen Einzelregelungen des Länderfinanzausgleichsgesetzes hatten sechs Bundesländer Klage erhoben. Das Bundesverfassungsgericht hat am 24.6.1986 seine Entscheidung zu diesem Normenkontrollverfahren verkündet. Das Urteil gab dem Bundesgesetzgeber auf, den Finanzausgleich bis spätestens 1.1.1988 neu zu regeln. Dies ist mit dem o.a. Gesetz geschehen, das rückwirkend zum 1. Januar 1987 in Kraft trat. Die wichtigsten Änderungen gegenüber früher sind:
Anstelle der Steuerkraftmeßzahl tritt als Referenzgröße für das Vorliegen einer Ausgleichsverpflichtung die Finanzkraftmeßzahl, die in zweierlei Hinsicht umfassender ist als die Steuerkraftmeßzahl. Zum einen umfaßt sie neben der Summe der Steuereinnahmen eines Landes die Einnahmen aus der bergrechtlichen Förderabgabe (bislang nur zum Teil berücksichtigt), zum anderen wurde der Katalog der Steuereinnahmen für Zwecke des Finanzausgleichs ergänzt um die Grunderwerbsteuer, die Feuerschutzsteuer und die Spielbankabgabe.

Die zur Abgeltung der Sonderbelastungen für die Unterhaltung und Erneuerung von Seehäfen von den Steuereinnahmen (einschließlich Förderabgaben) abzusetzenden Beträge wurden erhöht, und zwar in Bremen auf 90 Mill. DM (früher 25 Mill. DM), Hamburg auf 142 Mill. DM (früher 55 Mill. DM) und Niedersachsen auf 18 Mill. DM (früher 6 Mill. DM). Die bislang zur Abgeltung übermäßiger Belastungen von den Steuereinnahmen des Saarlandes und von Schleswig-Holstein absetzbaren Beträge sind entfallen.

Die vom Bund den leistungsschwachen Ländern gewährten Ergänzungszuweisungen in bisheriger Höhe von 1,5 % des Umsatzsteueraufkommens wurden für das Jahr 1987 auf 1 775 Mill. DM festgesetzt (für die Jahre 1988 bis 1993 zahlt der Bund jährlich in Höhe von 2 % des Umsatzsteueraufkommens).

Zum Ausgleich der Nachteile aus der Nichtbeteiligung an den Bundesergänzungszuweisungen

in den Haushaltsjahren 1983 bis 1986 erhalten aus dem Gesamtbetrag der Zuweisungen Bremen in den Jahren 1987 und 1988 je eine Zahlung von 100 Mill. DM und Nordrhein-Westfalen im Jahre 1987 eine Zahlung von 75 Mill. DM. Ferner erhalten aus dem Gesamtbetrag der Zuweisungen nachstehende Länder jährlich folgende Vorabbeiträge: Bremen 50 Mill. DM, Rheinland-Pfalz 20 Mill. DM, Saarland 175 Mill. DM, Schleswig-Holstein 50 Mill. DM. (Der Vorabbetrag für das Saarland ermäßigt sich ab dem Jahr 1991 auf 100 Mill. DM).

Die verbleibenden Zuweisungen werden im Jahr 1987 (zur Überleitung auf die Neuregelung der Ergänzungszuweisungen abweichend von der späteren Regelung) auf die nachstehenden Länder wie folgt verteilt: Bayern 30 Mill. DM, Bremen 73 Mill. DM, Niedersachsen 558 Mill. DM, Nordrhein-Westfalen 49 Mill. DM, Rheinland-Pfalz 282 Mill. DM, Saarland 88 Mill. DM und Schleswig-Holstein 225 Mill. DM.

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1987*)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p>	
<p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 6 000/600 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p> <p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p>	<p>Progressionstarif (Die tatsächliche Belastung mit Einkommensteuer stellt einen Durchschnitt dar aus Besteuerung zum 0-Satz, mit 22 % und der Grenzbesteuerung in der Progressionszone)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuerfreie Vorstufe bis 4 536/9 072 DM zu versteuerndes Einkommen (Grundfreibetrag) - Untere Proportionalzone mit Steuersatz von 22 vH auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 4 537/9 073 DM (Nullstufe) bis 18 035/36 070 DM, - Progressionszone mit von 22 vH bis 56 vH steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 18 036/36 071 DM bis 130 031/260 063 DM, - obere Proportionalzone (56 vH).
<p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p>	
<p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen nach Veranlagung, die gewöhnlich 9 bis 18 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf im allgemeinen mit mindestens 1-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung."</p>	<p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p> <p>Berücksichtigung einer Reihe von Abzugsbeträgen und Sonderausgaben, die - vielfach ohne Rücksicht auf die dem Steuerpflichtigen tatsächlich entstehenden Kosten - die Höhe des zu versteuernden Einkommens beeinflussen; hierzu zählen insbesondere Arbeitnehmer-, Weihnachts-, Versorgungs-, Kinderfreibetrag, Werbungskosten (-pauschbetrag), Freibetrag für Land- und Forstwirte, Vorsorgeaufwendungen (Versicherungs- und Bausparbeiträge), Aufwendungen für Spenden und Beiträge, Freibetrag für Freie Berufe, außergewöhnliche Belastungen.</p>
<p><u>4.3 Kapitalertragsteuer¹⁾</u></p>	
<p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	<p>I.d.R. 25 vH</p> <p>Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen Anrechnung bei der Einkommen-/Körperschaftsteuerveranlagung.</p>

*) Standardangaben ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.

1) Die Kapitalertragsteuer stellt den überwiegenden Aufkommensanteil der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag; demgegenüber spielt die - jeweils bei beschränkter Steuer-

pflicht erhobene - Aufsichtsratssteuer (30 vH) und Abzugssteuer für Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. (bei Ausübung der Tätigkeit im Inland oder Verwertung von Rechten 15 bzw. 25 vH) eine untergeordnete Rolle.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.4 Körperschaftsteuer</u></p>	
<p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit durchschnittlich einjähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2. "Ermittlung der Steuerschuld nach Veranlagung".</p>	<p>56 vH generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigen.</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 vH des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p><u>4.5 Umsatzsteuer</u></p>	
<p>4.5.1 Mehrwertsteuer</p>	
<p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen i.d.R. am 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats (ggf. Kalendervierteljahres, wenn die Steuerschuld im letzten KJ nicht mehr als 6 000 DM betragen hat). Möglichkeit, von der Voranmeldung/Vorauszahlung befreit zu werden, wenn die Steuer für das vorangegangene KJ nicht mehr als 600 DM beträgt. Auf Antrag Fristverlängerung um 1 Monat für Monatszahler unter der Voraussetzung einer Sondervorauszahlung. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p>	<p>14 vH; ermäßigter Satz von 7 vH (vor allem für Lebensmittel, Zeitschriften/Bücher, Personennahverkehr usw.); Steuerbefreiungen für Ausfuhrlieferungen, Geschäftsvorfälle im Geld- und Kapitalverkehr usw.</p> <p>Vorsteuer- und sonstige Kürzungsbeträge mindern die Steuerschuld.</p> <p>Sonderregelung u.a. für Berliner Umsätze, Land- und Forstwirtschaft, Kleinunternehmer.</p>
<p>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</p>	
<p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften für die Zölle/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>14 bzw. 7 vH (ermäßigter Satz);</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p>	
<p>Die Steuer wird zwei Wochen nach ihrer Entstehung fällig. Der Versicherer hat innerhalb von fünfzehn Tagen nach Ablauf eines jeden Anmelungszeitraums die Steuer zu entrichten. Anmelungszeitraum ist der Kalendermonat (das Kalenderjahr, wenn die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr insgesamt nicht mehr als 6 000 DM betrug). Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämieinnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>5 vH der Prämie bei Sachversicherung, 0,02 vH der Versicherungssumme bei Hagelversicherung, 2 vH der Prämie bei Seeschiffskaskoversicherung, Lebens- und Krankenversicherungen bleiben steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)</u></p>	
<p><u>4.7.1 Zölle</u></p>	
<p>Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzolltarif der EG-Länder; keine Binnenzölle innerhalb der EG. Begründung von Freihandelszonen mit den Rest-EFTA-Ländern, Einräumung von Zollpräferenzen gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (hauptsächlich Entwicklungsländer). Wegen des Beitritts von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 Verwirklichung der Zollunion zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten durch schrittweise Senkung der Zollsätze ab 1.3.1986 in 8 unterschiedlichen Schritten zwischen 10 und 15 % (für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse letzte Senkungsstufe 1.1.1996).</p>
<p><u>4.7.2 Tabaksteuer</u></p>	
<p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakwaren aus dem Herstellungsbetrieb²⁾ anzubringen und zu entwerfen sind. Sie wird fällig bei Zigaretten, Rauchtabak und Zigarettenhüllen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die bis zum 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 12. des nächsten Monats (für die vom 1.-15.12. bezogenen Zigarettensteuerzeichen jedoch am 27.12.), - für die nach dem 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 27. des nächsten Monats; <p>bei Zigarren und Zigarillos</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei einem Steuerzeichenbezug wie oben - am 10. bzw. 25. des übernächsten Monats. 	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Feinschnitt (1987 95,5 % bzw. 3,3 % der gesamten Tabaksteuereinnahmen), Zigarren, Zigarillos, Pfeifen-, Schnupf-, Kautabak und Zigarettenhüllen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zigaretten: 5,65 Pf/St + 31,5 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 9,0 Pf/St - Feinschnitt 8,40 DM/kg + 31,8 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 26 DM/kg

2) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.7.3 Kaffeesteuer</p> <p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze zwischen 3,60 DM je kg Rohkaffee, nicht entkoffeiniert, und DM 9,90 je kg Trockenmasse flüssiger Auszüge oder Essenzen aus entkoffeiniertem Kaffee.</p>
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p> <p>Die Abgaben sind zu entrichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung (Branntweinsteuer), - bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlußbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner (Branntweinaufschlag³⁾), - bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes (Monopolausgleich). <p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf die Fälligkeit (Übergang des Branntweins in den freien Verkehr) folgenden Monats; für Branntwein, der im Oktober in den freien Verkehr übergegangen ist, spätestens bis zum 27. Dezember.</p>	<p>2 550 DM/hl für Trinkbranntwein,</p> <p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p> <p>600 DM/hl für Branntwein (einschl. Substitutionsalkohole) zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (vergällt),</p>
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>Für eine ganze Flasche (0,75 l)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaumwein 2,- DM - Schaumweinähnliche Getränke 0,40 DM
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bleiarms Benzin (46,- DM/hl, ab 1. April 1987 47,- DM/hl) - Bleihaltiges Benzin (53,- DM/hl) - Dieselmotorenöl und Schmieröl 53,25 DM/dt - Flüssiggas: 91,40 DM/dt - Autogas (§ 8a MinöStG): 61,25 DM/dt - Ermäßigte Sätze (1,50 DM/dt für schweres und 2,- DM/dt für leichtes) Heizöl.
<p>3) Branntweinaufschlag ist für den von der Ablieferungspflicht ausgenommenen Branntwein vom Hersteller zu entrichten. Unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 2</p>	<p>BranntwMonG (die auch für den Monopolausgleich gelten) vermindert sich der Abgabebetrag.</p>
	<p>4) Fußnotentext unter 4.7.2</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November nach zuletzt durchgeführter Haupt- (i.d.R. dreijährlich) oder Neuveranlagung (bei zwischenzeitlicher Änderung der Bemessungsgrundlage). Abschlußzahlungen nach Hauptveranlagung (oder Neuveranlagung), die gewöhnlich 1-2 Jahre nach dem Hauptveranlagungsstichtag durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt deshalb der wirtschaftlichen Entwicklung in etwa mit 1 1/2-jähriger Verzögerung.</p>	<p>0,5 vH des steuerpflichtigen Vermögens für natürliche Personen,</p> <p>0,6 vH für juristische Personen,</p> <p>Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM; außerdem unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlicher Freibetrag wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit bis 50 000 DM; Freibetrag für Betriebsvermögen für jeden Steuerpflichtigen, dem Betriebsvermögen zugerechnet wird, von 125 000 DM; der übersteigende Teil wird mit 75 % (Handelsschiffsvermögen 50 %) seines steuerlichen Wertes angesetzt.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p> <p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere Zwischenräume zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend persönliche Freibeträge zwischen 3 000 und 250 000 DM daneben ggf. besondere Freibeträge.</p> <p>Steuersätze je nach Höhe des Erwerbs und Steuerklasse des Erwerbers zwischen 3 und 70 vH.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p> <p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung.</p>	<p>2 vH des Wertes der Gegenleistung (z.B. Kaufpreis), wenn eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln ist, des Wertes des Grundstücks. Ausnahmen von der Besteuerung u.a. für den Grundstückserwerb von Todes wegen oder durch den Ehegatten des Veräußerers.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p> <p>Festsetzung durch Steuerbescheid. I.d.R. jährliche Vorauszahlungen; bei mehr als 1 000 bzw. 2 000 DM Steuer sind halb- bzw. vierteljährliche Zahlungen mit einem Aufgeld von 3 bzw. 6 vH möglich. Das Aufkommen folgt mit mindestens einmonatiger Verzögerung der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes.</p>	<p>Jahressteuer für</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krafträder: 3,60 DM je 25 cm³ Hubraum - Pkw mit Hubkolbenantrieb: <ul style="list-style-type: none"> - schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm Stufe C 13,20 DM je 100 cm³ - bedingt schadstoffarm Stufe A (auf Dauer) oder B (nur für 3 Jahre) 13,20 DM je 100 cm³ - herkömmliche (nicht-schadstoffarme) Pkw <ul style="list-style-type: none"> - bei Erstzulassung vor dem 1.1.1986 18,80 DM je 100 cm³ - bei Erstzulassung nach dem 31.12.1985 21,60 DM je 100 cm³ - alle anderen Fahrzeuge je nach Gewichtsklasse zwischen 22,- und 166,- DM je 200 kg Gesamtgewicht. <p>Ab 1.7.1985 zeitlich unterschiedlich befristete Steuerbefreiungen zwischen 6 Monaten und 6 Jahren 10 Monaten, gestaffelt nach Hubraumgrößen und Anerkennungszeiträumen. Halbierung der Befreiungsdauer bei Diesel-Pkw.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u>	
4.12.1 Renn- und Sportwettsteuer 3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.	16 2/3 vH der Wetteinsätze.
4.12.2 Lotteriesteuer Vom Finanzamt festgelegte Fristen. Das Aufkommen an Rennwett- und Lotteriesteuer folgt der Wett- und Lotteriebeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.	20 vH des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.
<u>4.13 Biersteuer</u> Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb ⁷⁾) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.	Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl; Ausfuhr und Haustrunk steuerfrei; Vergünstigungen für Hausbrauer.
<u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u> Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet. Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.	Grundsteuer A - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1986: 259 %). Grundsteuer B - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1986: 297 %). - Beschränkung auf Bodenwertanteile bei öffentlich geförderten oder begünstigten Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren.
<u>4.15 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</u> Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag ⁸⁾ und das Gewerbekapital ⁸⁾ die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.	StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals. Freibeträge beim Gewerbeertrag: 36 000 DM für natürliche Personen und Personengesellschaften Gewerbekapital: 120 000 DM. Freigrenze: 5 000 DM beim Gewerbeertrag für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, kirchlichen u.ä. Körperschaften. Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1986: 359 %).

7) Fußnotentext unter 4.7.2.

8) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebs durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzurechnungen und Kürzungen abgeleitet.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p> <p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung bis zum 1. Mai, 1. August und 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr⁹⁾.</p> <p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p> <p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>

9) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.

5 Bemerkungen zu den Ergebnissen

Nachstehend wird die Einnahmeentwicklung

- der finanziell bedeutendsten Steuern
- der Steuern mit besonders auffallenden Änderungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum

kurz kommentiert. Sofern nichts anderes vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Jahresergebnis.

Lohnsteuer (+ 7,8 %)

Von dem Lohnsteueraufkommen sind folgende Beträge bereits abgesetzt:

- Arbeitnehmersparzulage nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz - Hochrechnung der bisher vorliegenden Teilergebnisse - 2,15 Mrd. DM (1986: 2,05 Mrd. DM)
- Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz 2,80 Mrd. DM (1986: 2,65 Mrd. DM)
- Bergmannsprämien 0,20 Mrd. DM (1986: 0,22 Mrd. DM).

Außerdem wurde das Lohnsteueraufkommen durch den Lohnsteuerjahresausgleich gemindert; nach vorläufigen Ergebnissen betrug dieser für das Jahr 1986 im Jahr 1987 5,77 Mrd. DM (im Vorjahr 5,82 Mrd. DM).

Die Lohnsteuer als besondere Erhebungsform der Einkommensteuer überschneidet sich mit den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer bei der Veranlagung von Arbeitnehmern gemäß § 46 EStG in der Weise, daß Erstattungen und Nachzahlungen nicht bei der Lohnsteuer, sondern bei der veranlagten Einkommensteuer gebucht werden. Um diese und andere Überschneidungen zu relativieren, empfiehlt es sich, die Einnahmen aus der Lohnsteuer und aus der veranlagten Einkommensteuer in einer Summe darzustellen. Die Summe belief sich auf 194 871 Mill. DM, womit das Ergebnis von 1986 um 12 757 Mill. DM = + 7,0 % übertroffen wurde.

Veranlagte Einkommensteuer (+ 2,7 %)

Unter dem Einfluß der Anrechnung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer hat sich das kassenmäßige Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer immer mehr zu einer Restgröße entwickelt. Wegen einer hohen Einmalzahlung im Vorjahr im Zusammenhang mit der

Veräußerung eines großen Industrievermögens schwächte sich 1987 der Zuwachs auf + 2,7 % ab.

Rechnet man zu den Isteinnahmen von 30,7 Mrd. DM (Vorjahr: 29,9 Mrd. DM) die Investitionszulagen gemäß §§ 1, 4, 4 a und 4 b Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungsgesetz von 0,8 Mrd. DM (0,8 Mrd. DM) und die Erstattungen gemäß § 46 EStG von 17,7 Mrd. DM (16,8 Mrd. DM) hinzu, so ergibt sich lt. BMF ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 49,2 Mrd. DM (47,5 Mrd. DM), womit das Aufkommen von 1986 um 3,5 % übertroffen wurde.

Kapitalertragsteuer (- 3,0 %)

Das Aufkommen des Vorjahres war im Zusammenhang mit der Veräußerung eines Industrievermögens überhöht, so daß sich 1987 ein Rückgang um - 3,0 % einstellte.

Körperschaftsteuer (- 15,5 %)

Der Rückgang ist etwa zur Hälfte der bereits erwähnten Veräußerung eines großen Industrievermögens zuzurechnen: 1986 war das Aufkommen durch eine hohe Sonderzahlung überhöht, 1987 wurde ein noch höherer Anrechnungsbetrag zum Abzug gebracht. Weiterhin sind Vorauszahlungsanpassungen nach unten aufgrund von Ertragseinbußen im Exportgeschäft vor allem bei Kapitalgesellschaften schnell und deutlich durchgeführt worden.

Rechnet man zu den Isteinnahmen von 27,3 Mrd. DM (Vorjahr 32,3 Mrd. DM) die Investitionszulagen gemäß §§ 1, 4, 4 a und 4 b Investitionszulagengesetz sowie § 19 Berlinförderungsgesetz in Höhe von 1,9 Mrd. DM (1,7 Mrd. DM) hinzu, so ergibt sich lt. BMF ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 29,2 Mrd. DM (34,0 Mrd. DM), womit das Vorjahresergebnis um 14,1 % unterschritten wurde.

Steuern vom Umsatz (+ 6,9 %)

Der Zuwachs wurde überwiegend von der überaus kräftigen Zunahme der steuerpflichtigen Endnachfrage getragen; etwa 1 Prozentpunkt der Zuwachsrate errechnet sich aus einer Verlagerung der Einnahmen von Dezember 1986 in den Januar 1987.

Börsenumsatzsteuer (- 13,4 %)

Das Aufkommen an Börsenumsatzsteuer erreichte 1987 nicht mehr die im Jahr des Börsenbooms 1986 erzielte Rekordhöhe von 3/4 Mrd. DM. Vor allem in der 1. Jahreshälfte 1986 waren sehr hohe Börsenumsätze getätigt worden, denen im 1. Halbjahr 1987 abgeschwächte Umsätze, vor allem im Aktienhandel, gegenüberstanden. Diesen folgte zwar, auch im Zusammenhang mit den Börsenturbulenzen vom Oktober 1987, eine verstärkte Umsatztätigkeit im 2. Halbjahr 1987, die jedoch die Abschwächung im 1. Halbjahr 1987 nicht kompensieren konnte. Außerdem wirkte die Ausweitung des mit dem niedrigeren Steuersatz belegten Rentengeschäfts zu Lasten des Aktiengeschäfts tendenziell aufkommensdämpfend.

Versicherungsteuer (+ 5,7 %)

Diese seit den 50er Jahren ständig wachsende Steuerquelle brachte auch 1987 wieder ein Mehrergebnis, das im wesentlichen auf steigende Beitragseinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung schließen läßt.

Wechselsteuer (- 11,9 %)

Das Ergebnis korrespondiert mit gegenüber dem Vorjahr geringerer Wechseldiskontkreditierung durch die Kreditinstitute. Lt. Ausweis der Deutschen Bundesbank gewährten die inländischen Kreditinstitute 1987 59,7 Mrd. DM Wechseldiskontkredite an Nichtbanken und 20,4 Mrd. DM an Banken nach 64,6 Mrd. DM bzw. 22,4 Mrd. DM in 1986.

Zölle (+ 5,9 %)

Auf den ersten Blick mag verwunderlich erscheinen, daß die Einnahmen an Zöllen 1987 gestiegen sind, obwohl die Einfuhren im gleichen Jahr rückläufig waren: Unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen time-lags von einem Monat zwischen Zollentstehung und Kasseneingang lagen die Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland (ohne Einfuhren aus EG-Ländern) im Jahr 1987 um 3,6 % unter dem Vorjahreswert. Der vermeintliche Widerspruch erklärt sich daraus, daß innerhalb der Einfuhren eine Verlagerung von zollfreien bzw. -ermäßigten Waren hin zu zollpflichtigen Waren, insbesondere Fertigprodukten stattgefunden hat. Lt. Außenhandelsstatistik sind die Einfuhren letzterer Warengruppe um 3,5 % gestiegen, während die Einfuhren an Rohstoffen und Halbwaren um - 14,1 % bzw. um - 18,7 % rückläufig waren.

Tabaksteuer (+ 0,2 %)

Die Entwicklung am Tabakmarkt 1987 ist durch stagnierenden Zigarettenverbrauch und rückläufige Verbrauchsmengen bei sämtlichen anderen Tabakwaren gekennzeichnet. Die durchschnittlichen Preise lagen 1987 bei Zigaretten, Zigarren und Pfeifentabak leicht über, bei Zigarillos leicht und bei Feinschnitt deutlich unter dem Niveau von 1986. Aus dieser Konstellation ergaben sich gegenüber 1986 insgesamt rückläufige Kleinverkaufs- (- 0,7 %) und Steuerwerte (- 0,4 %).

Branntweinabgaben (+ 0,2 %)

Die stagnierenden Einnahmen kommen zustande bei einem leichten Verbrauchsrückgang von Trinkbranntwein zum vollen Steuersatz von 2 550 DM je Hektoliter und einem starken Anstieg der versteuerten Menge Alkohol für kosmetische Zwecke zum ermäßigten Steuersatz von 600 DM je Hektoliter.

Schaumweinsteuer (+ 11,2 %)

Nach der Schaumweinsteuerstatistik ist der steuerpflichtige Verbrauch von Schaumwein 1987 gegenüber 1986 um 9,5 % gestiegen; die Einnahmen aus der Schaumweinsteuer haben sich demgemäß ebenfalls kräftig erhöht.

Mineralölsteuer (+ 1,9 %)

Der Anteil der steuerlich geförderten unverbleiten Kraftstoffe an den Vergaserkraftstoffen erhöhte sich von 17 % im November 1986 auf knapp ein Drittel im November 1987; die Einnahmen aus der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe stiegen daher nicht so stark wie der Verbrauch.

An Heizöl blieb der Absatz wegen der vorjährigen Ölpreisbedingten Vorratsaufstockung deutlich hinter dem des vorangegangenen Jahres zurück. In den Einnahmen aus der Mineralölsteuer enthalten sind Mineralölsteuer auf Heizöle 805 Mill. DM (Vorjahr 888 Mill.) und Mineralölsteuer auf Treibstoffe 25 331 Mill. DM (Vorjahr 24 756 Mill. DM).

Vermögensteuer (+ 23,3 %)

Die Mehreinnahmen stehen mit der Hauptveranlagung der Vermögen zum Stichtag 1.1.1986 in Verbindung.

Erbschaftsteuer (+ 18,4 %)

Das Aufkommen an Erbschaftsteuer unterliegt im zeitlichen Ablauf stärkeren Schwankungen. Im November 1986 war es durch eine größere Erstattung geschmälert (Basisseffekt); im Dezember 1987 ging eine ungewöhnlich hohe Zahlung ein.

Grunderwerbsteuer (Landes- und Kommunalanteile zusammen; - 2,9 %)

Wenn auch die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer insgesamt nur knapp unter dem Vorjahresniveau lagen, so ergaben sich doch größere Verschiebungen im statistischen Nachweis jeweils der Landes- bzw. Kommunalanteile durch eine Änderung bei der Veranschlagung im Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen: Seit 1987 wird dort - wie bereits in den meisten anderen Bundesländern - auch der bisherige Gemeindeanteil an der Grunderwerbsteuer vom Land vereinnahmt und als Landessteuer ausgewiesen. Dies hat zur Folge, daß der Landesanteil deutlich zu-, der Gemeindeanteil noch deutlicher abnahm.

Kraftfahrzeugsteuer (- 10,6 %)

Unter dem Einfluß der steuerlichen Maßnahmen zur Förderung schadstoffarmer Pkw stellte sich bei der Kfz-Steuer ein Rückgang von - 10,6 % ein.

Grundsteuer B (+ 3,7 %)

Aus den Meldungen der Statistischen Landesämter über Änderungen von Realsteuerhebesätzen geht hervor, daß der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sich 1987 lediglich um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr erhöht hat. Legt man diese Steigerungsrate auf das hebesatzbereinigte Istaufkommen (= Grundbeträge) 1986 aller Gemeinden an, so zeigt sich, daß lediglich ein Fünftel des Mehraufkommens der Grundsteuer B 1987 gegenüber 1986 auf Hebesatzanhebungen, aber vier Fünftel auf Veränderungen der Bemessungsgrundlage - z.B. Auslaufen der zehnjährigen Steuervergünstigung für Grundstücke mit öffentlich geförderten oder steuerbegünstigten Wohnungen - zurückgehen.

Gewerbesteuer (- 1,7 %)

Trotz mäßiger Hebesatzanhebungen haben sich 1987 die Gewerbesteuereinnahmen verringert. Zurückzuführen ist dies laut Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages 1988 hauptsächlich auf stark rückläufige Zahlungen für Vorjahre, insbesondere der Veranlagungsergebnisse für das Jahr 1985, bei stagnierenden Vorauszahlungen.

T a b e l l e n t e i l

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1987

1.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1987	4. Vj 1986	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	133 290,6	126 085,4	+ 7 205,2	+ 5,7
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	98 945,5	92 791,0	+ 6 154,4	+ 6,6
Lohnsteuer	49 240,1	45 273,2	+ 3 966,8	+ 8,8
Veranlagte Einkommensteuer	9 641,1	8 939,7	+ 701,4	+ 7,8
Kapitalertragsteuer	1 083,6	1 007,0	+ 76,7	+ 7,6
Körperschaftsteuer	7 360,8	8 238,0	- 877,2	- 10,6
Umsatzsteuer	17 712,4	16 086,3	+ 1 626,1	+ 10,1
Einfuhrumsatzsteuer	13 907,5	13 246,8	+ 660,7	+ 5,0
Bundessteuern	18 635,9	18 140,0	+ 495,9	+ 2,7
Gesellschaftsteuer	92,3	117,1	- 24,8	- 21,2
Börsenumsatzsteuer	165,8	103,8	+ 62,0	+ 59,7
Versicherungsteuer	475,8	476,9	- 1,1	- 0,2
Wechselsteuer	78,8	96,0	- 17,2	- 17,9
Zölle (100 %)	1 518,5	1 401,9	+ 116,6	+ 8,3
Tabaksteuer	5 086,5	5 102,7	- 16,2	- 0,3
Kaffeesteuer	444,6	427,9	+ 16,7	+ 3,9
Teesteuer	15,1	14,8	+ 0,4	+ 2,4
Zuckersteuer	44,3	45,7	- 1,4	- 3,1
Salzsteuer	11,0	11,3	- 0,3	- 3,0
Branntweinabgaben	1 297,5	1 280,4	+ 17,1	+ 1,3
Schaumweinsteuer	264,0	240,1	+ 23,8	+ 9,9
Leuchtmittelsteuer	35,2	34,2	+ 1,0	+ 2,9
Mineralölsteuer	9 106,0	8 794,9	+ 311,1	+ 3,5
Ergänzungsabgabe	1,0	1,6	- 0,5	- 33,7
Pauschalierte Eingangsabgaben	- 0,3	.	- 0,3	x
Sonstige Bundessteuern	0,0	- 9,2	+ 9,2	x
Landessteuern	5 613,1	4 817,3	+ 795,9	+ 16,5
Vermögensteuer	1 518,4	1 235,6	+ 282,8	+ 22,9
Erbschaftsteuer	733,8	297,2	+ 436,7	+146,9
Grunderwerbsteuer	699,6	563,2	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	1 793,5	1 888,9	- 95,4	- 5,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	477,3	459,0	+ 18,3	+ 4,0
dar.: Lotteriesteuer	437,4	415,0	+ 22,3	+ 5,4
Biersteuer	313,3	302,7	+ 10,7	+ 3,5
Feuerschutzsteuer	77,1	70,8	+ 6,3	+ 9,0
Gemeindesteuern	10 096,1	10 337,1	- 241,0	- 2,3
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	116,3	114,1	+ 2,1	+ 1,9
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 558,2	1 528,7	+ 29,6	+ 1,9
Gewerbsteuer	8 229,6	8 325,8	- 96,2	- 1,2
Grunderwerbsteuer	66,5	242,5	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ..	125,5	125,9	- 0,5	- 0,4
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	766,1	805,7	- 39,6	- 4,9

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1987

1.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1987	4. Vj 1986	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	138 898,8	131 412,4	+ 7 486,4	+ 5,7
EG-Anteile an Zöllen	1 509,9	1 396,6	+ 113,3	+ 8,1
EG-Anteile Umsatzsteuer	3 343,2	3 216,9	+ 126,3	+ 3,9
Steuereinnahmen des Bundes	64 705,7	61 428,9	+ 3 276,9	+ 5,3
Bundessteuern ¹⁾	17 126,0	16 743,4	+ 382,6	+ 2,3
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) ..	25 024,5	23 040,5	+ 1 984,0	+ 8,6
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 222,2	4 622,5	- 400,3	- 8,7
Steuern vom Umsatz ²⁾ (65 %)	17 209,8	15 849,6	+ 1 360,1	+ 8,6
Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 123,3	1 172,8	- 49,6	- 4,2
Steuereinnahmen der Länder	47 050,1	43 919,7	+ 3 130,4	+ 7,1
Landessteuern	5 613,1	4 817,3	+ 795,9	+ 16,5
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) ..	25 024,5	23 040,5	+ 1 984,0	+ 8,6
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 222,2	4 622,5	- 400,3	- 8,7
Steuern vom Umsatz (35 %)	11 067,0	10 266,6	+ 800,4	+ 7,8
Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 123,3	1 172,8	- 49,6	- 4,2
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	3 251,1	3 149,5	+ 101,6	+ 3,2
Länder ohne Stadtstaaten	43 799,0	40 770,2	+ 3 028,8	+ 7,4
Steuereinnahmen der Gemeinden	22 290,0	21 450,4	+ 839,6	+ 3,9
Gewerbesteuer (brutto)	8 229,6	8 325,8	- 96,2	- 1,2
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	2 203,9	2 324,5	- 120,7	- 5,2
Gewerbesteuer (netto)	6 025,8	6 001,3	+ 24,5	+ 0,4
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	14 397,7	13 437,8	+ 959,9	+ 7,1
Übrige Gemeindesteuern	1 866,5	2 011,3	- 144,8	- 7,2
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	1 278,4	1 320,4	- 42,1	- 3,2
Gemeinden/Gv.	21 011,6	20 129,9	+ 881,6	+ 4,4
Kreisfreie Städte	8 085,0	7 902,6	+ 182,3	+ 2,3
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	12 869,5	12 080,9	+ 788,6	+ 6,5
mit weniger als 10 000 Einwohnern	4 244,5	4 015,4	+ 229,1	+ 5,7
mit 10 000 Einwohnern und mehr	8 625,0	8 065,6	+ 559,5	+ 6,9
Landkreise	57,1	146,4	- 89,3	- 61,0
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	- 0,8	0,0	- 0,8	x

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1987

1.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Viertel- jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein- schaft- steuern	Bundes- steuern	Landes- steuern	Gemeinde- steuern	ins- gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	4./87	98 945,5	18 635,9	5 613,1	10 096,1	133 290,6	47 050,1	22 290,0
	4./86	92 791,0	18 140,0	4 817,3	10 337,1	126 085,4	43 919,7	21 450,4
Schleswig-Holstein ...	4./87	2 806,8	177,1	165,8	267,0	3 416,8	1 775,6	812,3
	4./86	2 603,7	182,4	164,1	272,8	3 223,0	1 673,4	774,8
Niedersachsen	4./87	7 638,8	737,5	496,3	921,2	9 793,8	4 893,9	2 257,1
	4./86	7 040,8	723,7	501,3	890,7	9 156,4	4 574,2	2 113,4
Nordrhein-Westfalen ..	4./87	29 748,2	5 160,8	1 714,6	2 974,4	39 597,9	13 355,9	6 573,1
	4./86	27 928,0	4 900,7	1 129,3	3 009,9	36 967,9	11 950,9	6 212,8
Hessen	4./87	10 241,0	759,8	504,4	1 042,6	12 547,8	4 478,1	2 273,3
	4./86	9 418,7	741,5	473,9	1 116,4	11 750,5	4 214,9	2 256,0
Rheinland-Pfalz	4./87	4 417,6	506,1	250,7	489,2	5 663,6	2 490,1	885,6
	4./86	3 831,4	482,2	249,1	509,1	5 071,9	2 435,7	912,3
Baden-Württemberg	4./87	16 751,4	1 489,9	890,9	1 685,6	20 817,7	7 622,5	3 776,7
	4./86	16 219,5	1 472,4	815,0	1 716,1	20 222,9	7 258,2	3 656,4
Bayern	4./87	17 201,0	823,3	1 074,6	1 745,1	20 844,1	8 468,8	4 162,3
	4./86	15 796,5	800,0	999,5	1 755,1	19 351,1	8 006,0	3 938,1
Saarland	4./87	1 400,9	34,2	67,8	119,2	1 622,1	714,1	271,1
	4./86	1 209,5	34,9	65,8	116,1	1 426,3	656,8	266,2
Hamburg	4./87	5 438,1	4 786,6	185,0	443,8	10 853,5	1 510,6	684,4
	4./86	5 660,7	4 708,8	177,8	559,4	11 106,8	1 560,4	765,0
Bremen	4./87	1 341,6	325,7	68,9	133,8	1 870,0	516,5	222,6
	4./86	1 266,6	287,1	53,9	148,1	1 755,7	460,0	228,0
Berlin (West)	4./87	1 960,1	3 834,9	194,1	274,2	6 263,2	1 224,0	371,4
	4./86	1 815,5	3 806,3	187,7	243,3	6 052,9	1 129,1	327,5

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	98 945 460	2 806 838	7 638 806	29 748 189	10 240 984
2	Lohnsteuer	49 240 052	1 476 980	4 408 888	13 949 223	5 347 267
3	Veranlagte Einkommensteuer	9 641 089	310 216	802 169	3 188 410	735 661
4	Kapitalertragsteuer	1 083 626	35 866	56 953	301 276	129 051
5	Körperschaftsteuer	7 360 800	172 905	459 180	2 019 739	830 364
6	Umsatzsteuer	17 712 394	465 570	1 171 830	5 366 620	1 609 472
7	Einfuhrumsatzsteuer	13 907 499	345 301	739 786	4 922 921	1 589 169
8	Bundessteuern	18 635 883	177 142	737 472	5 160 754	759 787
9	Gesellschaftsteuer	92 261	1 682	20 142	23 338	8 110
10	Börsenumsatzsteuer	165 756	920	5 712	33 774	60 161
11	Versicherungssteuer	475 769	3 934	39 184	151 425	49 175
12	Wechselsteuer	78 839	935	4 216	19 281	19 108
13	Zölle (100 %)	1 518 482	29 710	81 430	416 693	207 460
14	Tabaksteuer	5 086 469	33	26	1 115 358	149
15	Kaffeesteuer	444 550	2 607	30 632	11 039	1 219
16	Teesteuer	15 139	1 322	5 037	2 981	808
17	Zuckersteuer	44 250	1 586	9 176	15 998	1 348
18	Salzsteuer	10 976	25	4 918	1 678	1
19	Branntweinabgaben	1 297 495	105 355	182 820	376 103	80 786
20	Schaumweinsteuer	263 961	577	949	13 447	98 070
21	Leuchtmittelsteuer	35 186	75	1 701	15 196	1 990
22	Mineralölsteuer	9 106 023 ^{a)}	28 277	351 296	2 966 869	230 976
23	Ergänzungsabgabe	1 045	23	84	247	14
24	Pauschalierte Eingangsabgaben	- 318	81	149	- 2 673	412
25	Sonstige Bundessteuern	0	-	-	-	-

a) Darunter 207 834 (000) DM Heizölsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1987
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

4 417 605	16 751 352	17 201 025	1 400 892	90 205 691	5 438 133	1 341 573	1 960 059	8 739 765	1
2 052 812	8 340 562	8 654 455	808 489	45 038 676	2 503 226	708 017	990 132	4 201 375	2
537 902	1 749 052	1 613 933	35 785	8 973 128	398 844	103 037	166 080	667 961	3
27 940	209 903	201 054	8 790	970 833	50 660	8 112	54 020	112 792	4
389 268	1 707 481	1 277 373	38 722	6 895 032	266 121	44 207	155 438	465 766	5
957 978	2 827 479	3 359 466	247 090	16 005 505	1 118 885	118 140	469 864	1 706 889	6
451 705	1 916 875	2 094 744	262 016	12 322 517	1 100 397	360 060	124 525	1 584 982	7
506 092	1 489 865	823 331	34 226	9 688 669	4 786 604	325 687	3 834 925	8 947 216	8
1 787	8 565	13 520	2 110	79 254	6 978	2 357	3 671	13 006	9
3 422	15 613	27 091	585	147 278	11 484	1 036	5 958	18 478	10
4 028	40 106	110 427	2 170	400 449	65 868	3 033	6 420	75 321	11
2 078	13 244	10 086	893	69 841	4 836	3 275	887	8 998	12
36 542	137 994	241 122	8 100	1 159 051	265 934	73 806	19 692	359 432	13
43	441 785	142	10	1 557 546	69	18	3 528 835	3 528 922	14
11 193	2 201	4 232	4	63 127	60 984	172 018	148 420	381 422	15
9	344	104	1	10 606	2 806	1 658	72	4 536	16
- 8	10 304	3 613	213	42 230	1 287	180	552	2 019	17
216	1 685	2 256	166	10 945	10	3	18	31	18
182 356	61 788	104 571	4 839	1 098 618	86 889	36 900	75 088	198 877	19
116 165	12 633	13 460	5 152	260 453	2 647	487	373	3 507	20
60	1 108	11 806	86	32 022	268	136	2 762	3 166	21
148 064	742 065	279 812	9 859	4 757 218	4 276 075	30 742	41 988	4 348 805	22
25	53	142	2	590	346	6	102	454	23
112	377	947	36	- 559	123	32	87	242	24
-	-	0	-	0	-	-	-	-	25

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
26	Landessteuern	5 613 133	165 838	496 250	1 714 609	504 385
27	Vermögensteuer	1 518 399	37 719	127 009	409 148	166 264
28	Erbschaftsteuer	733 832	7 303	40 536	375 950	28 301
29	Grunderwerbsteuer	699 601	28 870	58 748	182 312	76 116
30	Kraftfahrzeugsteuer	1 793 512	64 170	196 201	505 140	170 810
31	Rennwett- und Lotteriesteuer	477 294	19 477	50 127	140 376	38 622
32	Totalisatorsteuer	23 640	552	469	11 699	876
33	Andere Rennwettsteuer	5 672	32	437	2 856	686
34	Lotteriesteuer	437 353	18 893	49 221	121 972	35 888
35	Sportwettsteuer ¹⁾	10 629	-	-	3 848	1 173
36	Feuerschutzsteuer	77 136	1 658	5 322	6 485	- 413
37	Biersteuer	313 345	6 640	18 307	95 198	24 685
38	Sonstige	15	-	0	-	-
39	Gemeindesteuern	10 096 109	267 030	921 243	2 974 363	1 042 637
40	Grundsteuern	1 674 517	68 801	204 524	471 056	137 339
41	Gewerbesteuer (brutto)	8 229 638	190 248	690 844	2 465 742	874 347
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	191 954	7 981	25 875	37 565	30 951
43	Steuereinnahmen insgesamt	133 290 585	3 416 848	9 793 771	39 597 915	12 547 793
n a c h d e r						
44	EG-Anteile an Zöllen	1 509 866	x	x	x	x
45	EG-Anteile Umsatzsteuer	3 343 179	x	x	x	x
46	Steuereinnahmen des Bundes	64 705 739	x	x	x	x
47	Bundessteuern ²⁾	17 126 017	x	x	x	x
48	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	29 246 698	x	x	x	x
49	Steuern vom Umsatz ³⁾ (65 %)	17 209 751	x	x	x	x
50	Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 123 273	x	x	x	x
51	Steuereinnahmen der Länder	47 050 067	1 775 591	4 893 882	13 355 888	4 478 124
52	Landessteuern	5 613 133	165 838	496 250	1 714 609	504 385
53	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	29 246 698	1 038 217	2 842 144	8 311 975	2 943 916
54	Steuern vom Umsatz (35 %)	11 066 963	537 601	1 464 269	3 017 858	914 739
55	Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 123 273	33 935	91 219	311 446	115 084
56	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	22 289 954	812 321	2 257 083	6 573 089	2 273 330
57	Gemeindesteuern	10 096 109	267 030	921 243	2 974 363	1 042 637
58	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	2 203 858	67 871	182 421	622 896	225 760
59	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	14 397 702	613 162	1 518 261	4 221 622	1 456 453
60	Steuereinnahmen insgesamt	138 898 805	x	x	x	x
Außerdem:						
61	Lastenausgleichsabgaben	- 816	0	9	58	- 868

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1987
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
250 703	890 896	1 074 637	67 849	5 165 167	185 014	68 897	194 053	447 964	26
61 010	259 051	300 274	9 406	1 369 881	70 913	27 431	50 174	148 518	27
23 161	92 581	98 428	3 580	669 840	22 901	7 556	33 535	63 992	28
-	130 661	159 905	3 422	640 034	22 200	1 353	36 014	59 567	29
107 374	297 784	315 333	33 107	1 689 919	39 947	19 984	43 660	103 591	30
31 942	69 395	72 961	7 797	430 697	19 649	5 207	21 743	46 599	31
4	30	4 873	1	18 504	1 848	228	3 060	5 136	32
-	667	203	10	4 891	770	-	11	781	33
31 939	65 908	65 528	7 786	397 135	16 569	4 978	18 672	40 219	34
-	2 789	2 357	-	10 167	462	-	-	462	35
8 516	5 416	45 931	1 628	74 543	10	582	2 000	2 592	36
18 700	36 002	81 806	8 901	290 239	9 395	6 783	6 928	23 106	37
-	7	-	8	15	-	-	-	-	38
489 183	1 685 596	1 745 125	119 172	9 244 349	443 793	133 813	274 154	851 760	39
88 453	195 777	325 322	26 424	1 517 696	80 615	29 035	47 171	156 821	40
353 084	1 471 623	1 408 480	86 163	7 540 531	362 307	102 376	224 424	689 107	41
47 646	18 196	11 323	6 585	186 122	871	2 402	2 559	5 832	42
5 663 583	20 817 709	20 844 118	1 622 139	114 303 876	10 853 544	1 869 970	6 263 191	18 986 705	43
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
2 490 072	7 622 468	8 468 815	714 113	43 798 953	1 510 581	516 535	1 223 996	3 251 112	51
250 703	890 896	1 074 637	67 849	5 165 167	185 014	68 897	194 053	447 964	52
1 531 408	4 981 275	5 191 178	406 227	27 246 340	1 022 212	333 501	644 645	2 000 358	53
653 108	1 539 306	2 004 214	229 123	10 360 218	258 663	107 799	340 283	706 745	54
54 853	210 991	198 786	10 914	1 027 228	44 692	6 338	45 015	96 045	55
885 609	3 776 745	4 162 319	271 090	21 011 586	684 416	222 596	371 356	1 278 368	56
489 183	1 685 596	1 745 125	119 172	9 244 349	443 793	133 813	274 154	851 760	57
52 514	420 848	418 005	21 454	2 011 769	89 384	12 675	90 030	192 089	58
448 940	2 511 997	2 835 199	173 372	13 779 006	330 007	101 458	187 231	618 696	59
x	x	x	x	x	x	x	x	x	60
0	- 26	7	-	- 820	3	3	- 2	4	61

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.1 Nach Steuerarten

Mill.

Lfd. Nr.	Steuerart	Viertel- jahr	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
1	Steuern insgesamt	4./87	22 290,0	812,3	2 257,1	6 573,1	2 273,3
2		3./87	15 696,2	523,9	1 447,3	4 424,1	1 633,0
3		4./86	21 450,4	774,8	2 113,2	6 212,8	2 256,0
4	Grundsteuer A	4./87	116,3	7,5	24,1	12,9	6,7
5		3./87	118,3	8,1	26,7	15,2	9,3
6		4./86	114,1	7,4	24,1	12,7	6,7
7	Grundsteuer B	4./87	1 558,2	61,3	180,4	458,2	130,7
8		3./87	2 127,8	83,1	247,0	635,3	179,6
9		4./86	1 528,7	59,0	179,0	434,0	129,7
10	Gewerbsteuer	4./87	8 229,6	190,2	690,8	2 465,7	874,3
11		3./87	7 867,8	212,7	604,5	2 289,7	857,4
12		4./86	8 325,6	197,6	660,6	2 410,9	950,7
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4./87	2 203,9	67,9	182,4	622,9	225,8
14		3./87	1 142,8	30,4	96,3	292,4	121,2
15		4./86	2 324,5	75,7	184,7	615,0	261,0
16	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer	4./87	14 397,7	613,2	1 518,3	4 221,6	1 456,5
17		3./87	6 507,6	239,0	638,1	1 729,0	676,6
18		4./86	13 437,8	577,6	1 407,5	3 817,9	1 400,6
19	Sonstige Steuern und steuer- ähnliche Einnahmen	4./87	192,0	8,0	25,9	37,6	31,0
20		3./87	217,3	11,3	27,1	47,3	31,4
21		4./86	368,4	8,9	26,9	152,3	29,3

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1987
und Ländern
DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Lfd. Nr.
885,6	3 776,7	4 162,3	271,1	684,4	222,6	371,4	1
844,8	2 519,3	2 823,3	202,3	708,8	214,6	354,8	2
912,3	3 656,4	3 938,1	266,2	765,0	228,0	327,5	3
6,9	25,0	32,3	0,5	0,3	0,1	0,0	4
9,5	9,2	39,0	0,8	0,3	0,2	0,0	5
7,1	23,2	31,9	0,5	0,5	0,1	0,0	6
81,6	170,7	293,0	26,0	80,3	28,9	47,1	7
106,3	232,7	378,1	37,3	106,7	34,1	87,5	8
85,0	176,2	282,2	29,7	78,8	28,6	46,3	9
353,1	1 471,6	1 408,5	86,2	362,3	102,4	224,4	10
368,0	1 368,5	1 425,3	89,6	373,9	105,1	173,1	11
367,6	1 465,3	1 424,7	77,6	465,0	111,4	194,4	12
52,5	420,8	418,0	21,5	89,4	12,7	90,0	13
55,4	229,7	204,8	10,2	42,1	13,0	47,3	14
55,0	431,4	493,7	18,1	89,7	13,8	86,5	15
448,9	2 512,0	2 835,2	173,4	330,0	101,5	187,2	16
368,8	1 121,5	1 169,8	77,2	267,5	81,5	138,6	17
458,1	2 371,7	2 676,7	168,2	295,3	93,6	170,6	18
47,6	18,2	11,3	6,6	0,9	2,4	2,6	19
47,4	17,0	15,9	7,7	2,6	6,9	2,8	20
49,4	51,4	16,4	8,3	15,1	8,0	2,5	21

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.2 Nach Steuerarten, Körper

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	116 270	7 453	24 144	12 891	6 678
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 558 247	61 348	180 380	458 165	130 661
3	Gewerbsteuer (brutto)	8 229 638	190 248	690 844	2 465 742	874 347
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 203 858	67 871	182 421	622 896	225 760
5	Gewerbsteuer (netto)	6 025 780	122 377	508 423	1 842 846	648 587
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	14 397 702	613 162	1 518 261	4 221 622	1 456 453
7	Grunderwerbsteuer	66 478	-	6 869	195	7 076
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	125 476	7 981	19 006	37 370	23 875
9	Insgesamt ...	22 289 954	812 321	2 257 083	6 573 089	2 273 330
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	4 190	109	469	1 079	177
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	584 013	19 465	59 778	240 450	60 765
12	Gewerbsteuer (brutto)	3 575 760	59 937	253 712	1 382 235	478 853
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	847 660	18 466	60 719	320 289	103 814
14	Gewerbsteuer (netto)	2 728 100	41 471	192 993	1 061 946	375 039
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	4 705 881	149 661	381 866	2 003 530	404 518
16	Grunderwerbsteuer	20 164	-	1 376	239	2 139
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	42 607	962	7 478	18 209	11 833
18	Insgesamt ...	8 084 955	211 668	643 960	3 325 453	854 471

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1987
 schäftsgruppen und Ländern
 DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadt- staaten	Lfd. Nr.
---------------------	-----------------------	--------	----------	--------------------------------------	---------	--------	------------------	-------------------	-------------

gesamt									
6 856	25 039	32 311	450	115 822	308	105	35	448	1
81 597	170 738	293 011	25 974	1 401 874	80 307	28 930	47 136	156 373	2
353 084	1 471 623	1 408 480	86 163	7 540 531	362 307	102 376	224 424	689 107	3
52 514	420 848	418 005	21 454	2 011 769	89 384	12 675	90 030	192 089	4
300 570	1 050 775	990 475	64 709	5 528 762	272 923	89 701	134 394	497 018	5
448 940	2 511 997	2 835 199	173 372	13 779 006	330 007	101 458	187 231	618 696	6
35 839	-	10 668	4 027	64 674	-	1 804	-	1 804	7
11 807	18 196	655	2 558	121 448	871	598	2 559	4 028	8
885 609	3 776 745	4 162 319	271 090	21 011 586	684 416	222 596	371 356	1 278 368	9

Städte									
419	1 147	790	-	-	x	x	x	x	10
35 866	42 913	124 776	-	-	x	x	x	x	11
173 716	475 966	751 341	-	-	x	x	x	x	12
23 530	123 262	197 580	-	-	x	x	x	x	13
150 186	352 704	553 761	-	-	x	x	x	x	14
140 383	541 724	1 084 199	-	-	x	x	x	x	15
12 170	-	4 240	-	-	x	x	x	x	16
2 684	1 371	70	-	-	x	x	x	x	17
341 708	939 859	1 767 836	-	-	x	x	x	x	18

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1987

2.2 Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	111 598	7 344	23 674	11 812	6 501	6 437	23 892	31 488	450
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	817 857	41 883	120 602	217 715	69 896	45 731	127 825	168 231	25 974
Gewerbesteuer (brutto)	3 964 703	130 311	437 132	1 083 507	395 494	179 368	995 657	657 071	86 163
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	1 164 109	49 405	121 702	302 607	121 946	28 984	297 586	220 425	21 454
Gewerbesteuer (netto)	2 800 594	80 906	315 430	780 900	273 548	150 384	698 071	436 646	64 709
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	9 073 125	463 501	1 136 395	2 218 092	1 051 935	308 557	1 970 273	1 751 000	173 372
Grunderwerbsteuer	534	-	92	-	-	-	-	442	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	65 823	5 223	10 718	18 864	10 184	5 812 ^{a)}	11 719	585	2 718
Insgesamt ...	12 869 531	598 857	1 606 911	3 247 383	1 412 064	516 921	2 831 780	2 388 392	267 223
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	33	-	-	-	-	-	-	33	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	4	-	-	-	-	-	-	4	-
Gewerbesteuer (brutto)	67	-	-	-	-	-	-	67	-
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuer (netto)	67	-	-	-	-	-	-	67	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	43 977	-	5 401	- 44	4 937	23 670	-	5 986	4 027
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	13 019	1 796	810	297	1 858	3 311	5 107	-	- 160
Insgesamt ...	57 099	1 796	6 211	253	6 795	26 980	5 107	6 090	3 867

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 998 (000) DM der Verbandsgemeinden.

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1987

2.3 Nach Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Land	Viertel- jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände					
		insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden			Land- kreise
				zusammen	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000	
Schleswig-Holstein	4./87	812 321	211 668	598 857	308 747	290 110	1 796
	3./87	523 881	140 922	380 412	209 937	170 475	2 547
	4./86	774 794	197 977	573 678	297 224	276 454	3 139
Niedersachsen	4./87	2 257 083	643 960	1 606 911	1 127 182	479 728	6 211
	3./87	1 447 250	455 888	984 773	694 993	289 780	6 588
	4./86	2 113 443	636 667	1 468 593	1 020 615	447 977	8 182
Nordrhein-Westfalen ...	4./87	6 573 089	3 325 453	3 247 383	3 100 540	146 843	253
	3./87	4 424 107	2 348 840	2 069 702	1 984 623	85 079	5 565
	4./86	6 212 805	3 163 693	2 989 831	2 857 945	131 886	59 281
Hessen	4./87	2 273 330	854 471	1 412 064	1 016 538	395 526	6 795
	3./87	1 633 042	707 715	918 189	675 918	242 271	7 138
	4./86	2 256 002	870 295	1 377 960	983 097	394 863	7 747
Rheinland-Pfalz	4./87	885 609	341 708	516 921	127 103	389 818	26 980
	3./87	844 765	326 399	492 179	135 872	356 307	26 186
	4./86	912 271	354 914	529 804	142 822	386 982	27 554
Baden-Württemberg	4./87	3 776 745	939 859	2 831 780	1 762 404	1 069 376	5 107
	3./87	2 519 295	668 518	1 845 034	1 170 390	674 644	5 743
	4./86	3 656 370	921 660	2 706 213	1 683 057	1 023 156	28 496
Bayern	4./87	4 162 319	1 767 836	2 388 392	931 966	1 456 424	6 090
	3./87	2 823 276	1 345 018	1 469 617	587 557	882 059	8 642
	4./86	3 938 099	1 757 443	2 172 939	836 343	1 336 595	7 717
Saarland	4./87	271 090	-	267 223	250 567	16 656	3 867
	3./87	202 285	-	197 573	185 737	11 836	4 712
	4./86	266 163	-	261 908	244 457	17 451	4 255
Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	4./87	21 011 586	8 084 955	12 869 531	8 625 047	4 244 481	57 099
	3./87	14 417 901	5 993 300	8 357 479	5 645 027	2 712 451	67 121
	4./86	20 129 947	7 902 649	12 080 926	8 065 560	4 015 364	146 371

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1987

3.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1987	1986	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	468 659,8	452 435,9	+ 16 223,9	+ 3,6
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	348 847,8	333 674,8	+ 15 173,0	+ 4,5
Lohnsteuer	164 176,3	152 233,1	+ 11 943,2	+ 7,8
Veranlagte Einkommensteuer	30 695,0	29 880,5	+ 814,5	+ 2,7
Kapitalertragsteuer	7 879,7	8 120,5	- 240,8	- 3,0
Körperschaftsteuer	27 302,1	32 301,5	- 4 999,4	- 15,5
Umsatzsteuer	67 383,5	58 586,9	+ 8 796,6	+ 15,0
Einfuhrumsatzsteuer	51 411,1	52 552,3	- 1 141,2	- 2,2
Bundessteuern	57 268,7	56 350,5	+ 918,2	+ 1,6
Gesellschaftsteuer	449,4	485,2	- 35,8	- 7,4
Börsenumsatzsteuer	647,6	748,1	- 100,5	- 13,4
Versicherungsteuer	2 725,5	2 578,3	+ 147,1	+ 5,7
Wechselsteuer	322,2	365,8	- 43,6	- 11,9
Zölle (100 %)	5 548,6	5 239,2	+ 309,4	+ 5,9
Tabaksteuer	14 507,2	14 480,3	+ 26,9	+ 0,2
Kaffeesteuer	1 693,2	1 657,4	+ 35,8	+ 2,2
Teesteuer	61,0	60,4	+ 0,6	+ 1,1
Zuckersteuer	139,3	144,5	- 5,3	- 3,6
Salzsteuer	41,8	41,9	- 0,1	- 0,2
Branntweinabgaben	4 072,2	4 064,9	+ 7,3	+ 0,2
Schaumweinsteuer	775,9	697,8	+ 78,1	+ 11,2
Leuchtmittelsteuer	136,5	133,8	+ 2,7	+ 2,1
Mineralölsteuer	26 136,1	25 643,7	+ 492,4	+ 1,9
Ergänzungsabgabe	4,6	9,3	- 4,7	- 50,8
Pauschalierte Eingangsabgaben	7,6	.	+ 7,6	x
Sonstige Verbrauchsteuern	0,1	0,0	+ 0,1	x
Landessteuern	22 234,7	21 255,1	+ 979,6	+ 4,6
Vermögensteuer	5 421,9	4 396,0	+ 1 025,9	+ 23,3
Erbschaftsteuer	2 237,5	1 889,5	+ 348,0	+ 18,4
Grunderwerbsteuer	2 727,0	2 238,1	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	8 365,1	9 356,4	- 991,3	- 10,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 850,2	1 746,3	+ 103,9	+ 5,9
dar.: Lotteriesteuer	1 696,9	1 590,8	+ 106,1	+ 6,7
Biersteuer	1 259,6	1 263,3	- 3,7	- 0,3
Feuerschutzsteuer.....	373,4	365,5	+ 7,9	+ 2,2
Gemeindesteuern	40 308,6	41 155,3	- 846,8	- 2,1
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	447,8	442,6	+ 5,2	+ 1,2
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	7 459,6	7 193,7	+ 265,8	+ 3,7
Gewerbsteuer	31 437,5	31 986,6	- 549,1	- 1,7
Grunderwerbsteuer	333,2	913,3	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	630,5	619,2	+ 11,3	+ 1,8
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	3 060,2	3 151,3	- 91,1	- 2,9

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1987

3.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1987	1986	Veränderung	
	Mill.DM		%	
Steuereinnahmen insgesamt	468 497,4	452 467,9	+ 16 029,4	+ 3,5
EG-Anteile an Zöllen	5 511,3	5 180,9	+ 330,3	+ 6,4
EG-Anteile Umsatzsteuer	12 811,4	12 771,5	+ 39,9	+ 0,3
Steuereinnahmen des Bundes	218 838,0	210 584,1	+ 8 253,8	+ 3,9
Bundessteuern ¹⁾	51 757,4	51 169,6	+ 587,8	+ 1,1
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	82 820,3	77 398,3	+ 5 422,0	+ 7,0
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	17 590,9	20 211,0	- 2 620,1	- 13,0
Steuern vom Umsatz ²⁾ (65 %)	64 405,1	59 469,0	+ 4 936,1	+ 8,3
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 264,2	2 336,3	- 72,1	- 3,1
Steuereinnahmen der Länder	166 488,3	160 099,4	+ 6 388,8	+ 4,0
Landessteuern	22 234,7	21 255,1	+ 979,6	+ 4,6
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	82 820,3	77 398,3	+ 5 422,0	+ 7,0
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	17 590,9	20 211,0	- 2 620,1	- 13,0
Steuern vom Umsatz (35 %)	41 578,1	38 898,7	+ 2 679,4	+ 6,9
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 264,2	2 336,3	- 72,1	- 3,1
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	11 911,9	11 692,9	+ 219,0	+ 1,9
Länder ohne Stadtstaaten	154 576,4	148 406,5	+ 6 169,9	+ 4,2
Steuereinnahmen der Gemeinden	64 848,5	63 832,0	+ 1 016,6	+ 1,6
Gewerbsteuer (brutto)	31 437,5	31 986,6	- 549,1	- 1,7
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 511,9	4 664,7	- 152,9	- 3,3
Gewerbsteuer (netto)	26 925,7	27 321,9	- 396,2	- 1,5
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	29 051,7	27 341,3	+ 1 710,5	+ 6,3
Übrige Gemeindesteuern	8 871,1	9 168,8	- 297,7	- 3,2
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	5 007,4	4 994,9	+ 12,5	+ 0,3
Gemeinden/Gv.	59 841,1	58 837,1	+ 1 004,1	+ 1,7
Kreisfreie Städte	24 325,6	24 228,3	+ 97,1	+ 0,4
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	35 243,5	34 041,4	+ 1 202,1	+ 3,5
mit weniger als 10 000 Einwohnern	11 379,6	10 948,8	+ 430,8	+ 3,9
mit 10 000 Einwohnern und mehr	23 863,9	23 092,5	+ 771,3	+ 3,3
Landkreise	272,1	567,3	- 295,2	- 52,0
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	- 0,3	0,7	- 1,0	x

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1987

3.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein- schaft- steuern	Bundes- steuern	Landes- steuern	Gemeinde- steuern	ins- gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1987	348 847,8	57 268,7	22 234,7	40 308,6	468 659,8	166 488,3	64 848,5
	1986	333 674,8	56 350,5	21 255,1	41 155,4	452 435,9	160 099,4	63 832,0
Schleswig-Holstein ...	1987	9 907,3	630,5	722,2	1 106,7	12 366,7	6 283,5	2 076,9
	1986	9 347,2	634,1	749,2	1 113,1	11 843,7	6 089,0	2 041,4
Niedersachsen	1987	26 225,4	2 390,7	2 066,3	3 619,0	34 301,4	17 239,7	6 092,0
	1986	25 752,3	2 326,1	2 136,4	3 627,3	33 842,0	16 653,3	5 888,1
Nordrhein-Westfalen ..	1987	102 819,0	15 905,1	6 202,4	11 446,7	136 373,2	45 195,9	18 378,5
	1986	100 155,1	15 519,3	5 398,9	11 805,1	132 878,4	43 562,6	18 267,3
Hessen	1987	37 167,8	2 655,2	2 128,3	4 310,5	46 261,8	16 626,4	6 780,0
	1986	34 261,3	2 763,4	2 027,4	4 453,5	43 505,6	15 700,1	6 724,8
Rheinland-Pfalz	1987	15 464,7	1 583,9	1 032,8	2 016,6	20 098,1	8 892,5	3 304,1
	1986	14 150,4	1 540,5	1 049,3	2 033,8	18 774,0	8 567,5	3 261,7
Baden-Württemberg	1987	60 877,6	4 620,9	3 564,8	6 944,6	76 007,9	27 653,4	11 025,8
	1986	58 090,6	4 640,9	3 520,5	6 958,6	73 210,7	26 720,4	10 690,2
Bayern	1987	59 903,6	2 965,3	4 342,0	6 932,9	74 143,8	30 201,8	11 372,6
	1986	55 820,9	3 002,3	4 137,4	7 183,1	70 143,7	28 722,7	11 215,0
Saarland	1987	4 663,4	118,9	278,0	500,8	5 561,2	2 483,2	811,3
	1986	4 406,4	127,7	292,5	445,2	5 271,9	2 390,9	748,5
Hamburg	1987	20 591,3	14 266,6	787,9	1 822,5	37 468,2	5 787,6	2 732,3
	1986	20 932,8	13 955,4	758,3	2 002,3	37 648,8	5 698,2	2 838,8
Bremen	1987	4 685,3	1 148,3	241,5	587,6	6 662,7	1 819,7	863,7
	1986	4 543,2	1 079,6	239,8	600,7	6 463,3	1 733,8	857,7
Berlin (West)	1987	6 542,5	10 983,4	868,3	1 020,7	19 414,9	4 304,6	1 411,3
	1986	6 214,4	10 761,3	945,4	932,7	18 853,8	4 260,9	1 298,5

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs 3 GG	348 847 804	9 907 280	26 225 383	102 818 990	37 167 816
2	Lohnsteuer	164 176 302	4 849 614	14 740 570	46 065 338	18 050 458
3	Veranlagte Einkommensteuer	30 695 035	1 027 853	2 410 044	9 663 474	2 445 608
4	Kapitalertragsteuer	7 879 746	134 039	483 583	2 302 588	1 195 837
5	Körperschaftsteuer	27 302 090	650 287	1 561 869	5 699 234	3 822 015
6	Umsatzsteuer	67 383 530	1 991 853	4 133 671	20 889 229	5 979 604
7	Einfuhrumsatzsteuer	51 411 101	1 253 634	2 895 646	18 199 127	5 674 294
8	Bundessteuern	57 268 685	630 528	2 390 726	15 905 065	2 655 176
9	Gesellschaftsteuer	449 356	9 987	51 174	117 316	58 964
10	Börsenumsatzsteuer	647 582	4 394	17 212	145 333	231 792
11	Versicherungsteuer	2 725 459	40 444	265 684	891 124	319 654
12	Wechselsteuer	322 160	3 806	18 886	80 921	73 844
13	Zölle (100 %)	5 548 600	100 579	284 374	1 583 841	728 218
14	Tabaksteuer	14 507 245	118	119	3 351 460	62
15	Kaffeesteuer	1 693 153	13 297	115 282	52 109	3 911
16	Teesteuer	61 033	3 637	20 687	12 492	3 528
17	Zuckersteuer	139 261	5 721	30 189	46 688	4 298
18	Salzsteuer	41 808	52	18 831	6 372	6
19	Branntweinabgaben	4 072 210	360 077	569 081	1 118 547	257 401
20	Schaumweinsteuer	775 945	2 494	2 892	32 892	276 259
21	Leuchtmittelsteuer	136 512	210	5 177	51 597	8 358
22	Mineralölsteuer	26 136 096 ^{a)}	85 298	990 078	8 413 947	686 845
23	Ergänzungsabgabe	4 554	101	439	2 170	371
24	Pauschalierte Eingangsabgaben	7 628	311	588	- 1 746	1 621
25	Sonstige Bundessteuern	83	2	33	2	44

a) Darunter 805 026 (000) DM Heizölsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1987

und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

15 464 664	60 877 557	59 903 587	4 663 435	317 028 712	20 591 264	4 685 294	6 542 536	31 819 094	1
6 984 944	28 213 299	28 832 574	2 350 083	150 086 880	8 590 867	2 325 912	3 172 643	14 089 422	2
1 474 681	5 958 886	5 337 649	81 166	28 399 361	1 553 988	378 819	362 866	2 295 673	3
314 658	1 168 671	1 208 070	54 654	6 862 100	696 829	40 176	280 642	1 017 647	4
1 383 372	7 415 739	4 786 173	138 290	25 456 979	1 304 714	184 389	356 008	1 845 111	5
3 558 559	11 122 744	12 092 898	1 050 448	60 819 006	4 237 475	440 831	1 886 219	6 564 525	6
1 748 450	6 998 218	7 646 223	988 794	45 404 386	4 207 391	1 315 167	484 158	6 006 716	7
1 583 946	4 620 890	2 965 297	118 902	30 870 530	14 266 552	1 148 252	10 983 350	26 398 154	8
13 201	43 559	95 089	6 290	395 580	24 734	7 913	21 130	53 777	9
9 292	60 698	105 849	2 021	576 591	43 584	4 670	22 737	70 991	10
11 268	255 541	548 580	15 321	2 347 616	325 149	17 944	34 750	377 843	11
8 102	54 420	40 833	3 701	284 513	20 169	13 789	3 688	37 646	12
131 696	499 669	887 583	25 484	4 241 444	956 477	271 152	79 528	1 307 157	13
120	1 288 781	550	34	4 641 244	230	735	9 865 035	9 866 000	14
50 847	8 741	16 701	17	260 905	231 383	607 775	593 089	1 432 247	15
61	1 585	594	2	42 586	10 051	8 123	275	18 449	16
- 66	34 512	10 624	680	132 646	4 201	534	1 880	6 615	17
735	6 304	8 806	601	41 707	33	15	53	101	18
579 762	214 652	337 866	14 583	3 451 969	261 305	132 801	226 135	620 241	19
353 035	34 774	46 928	15 688	764 962	8 244	1 636	1 102	10 982	20
197	3 575	52 756	323	122 192	826	406	13 088	14 320	21
425 223	2 112 278	808 278	34 005	13 555 952	12 379 169	80 621	120 353	12 580 143	22
81	290	372	12	3 836	531	2	184	717	23
392	1 511	3 886	140	6 703	466	136	323	925	24
-	-	2	-	83	-	-	-	-	25

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
v o r d e r						
26	Landessteuern	22 234 720	722 228	2 066 263	6 202 437	2 128 342
27	Vermögensteuer	5 421 875	120 214	458 942	1 470 180	635 890
28	Erbschaftsteuer	2 237 489	38 019	146 299	734 854	142 104
29	Grunderwerbsteuer	2 727 014	120 652	239 390	730 223	271 950
30	Kraftfahrzeugsteuer	8 365 130	334 952	921 784	2 268 532	781 075
31	Rennwett- und Lotteriesteuer	1 850 209	69 003	181 421	540 655	154 968
32	Totalisatorsteuer	92 322	1 050	2 034	43 226	3 179
33	Andere Rennwettsteuer	21 766	122	1 915	10 938	2 253
34	Lotteriesteuer	1 696 889	67 831	177 472	472 420	145 092
35	Sportwettsteuer ¹⁾	39 232	-	-	14 071	4 444
36	Feuerschutzsteuer	373 404	12 760	42 981	68 678	41 510
37	Biersteuer	1 259 579	26 629	75 445	389 316	100 844
38	Sonstige	20	-	0	-	-
39	Gemeindesteuern	40 308 594	1 106 655	3 618 986	11 446 705	4 310 465
40	Grundsteuern	7 907 401	306 260	952 153	2 152 289	697 228
41	Gewerbesteuer (100 %)	31 437 532	762 647	2 557 475	9 076 939	3 487 734
42	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	963 661	37 748	109 358	217 477	125 503
43	Steuereinnahmen insgesamt	468 659 803	12 366 691	34 301 358	136 373 197	46 261 799
n a c h d e r						
44	EG-Anteile an Zöllen	5 511 259	x	x	x	x
45	EG-Anteile Umsatzsteuer	12 811 395	x	x	x	x
46	Steuereinnahmen des Bundes	218 837 960	x	x	x	x
47	Bundessteuern ²⁾	51 757 426	x	x	x	x
48	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	100 411 236	x	x	x	x
49	Steuern vom Umsatz ³⁾ (65 %)	64 405 115	x	x	x	x
50	Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 264 183	x	x	x	x
51	Steuereinnahmen der Länder	166 488 260	6 283 517	17 239 738	45 195 862	16 626 364
52	Landessteuern	22 234 720	722 228	2 066 263	6 202 437	2 128 342
53	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	100 411 236	3 581 692	9 417 075	27 038 477	10 835 414
54	Steuern vom Umsatz (35 %)	41 578 121	1 918 596	5 566 556	11 337 967	3 427 877
55	Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 264 183	61 001	189 844	616 981	234 731
56	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	64 848 502	2 076 927	6 092 009	18 378 487	6 780 008
57	Gemeindesteuern	40 308 594	1 106 655	3 618 986	11 446 705	4 310 465
58	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	4 511 822	122 000	379 612	1 233 966	469 646
59	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	29 051 729	1 092 272	2 852 635	8 165 748	2 939 189
60	Steuereinnahmen insgesamt	468 497 376	x	x	x	x
Außerdem:						
61	Lastenausgleichsabgaben	- 277	3	13	288	- 860

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1987
und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

Steuerverteilung

1 032 825	3 564 842	4 341 991	278 024	20 336 952	787 920	241 506	868 343	1 897 769	26
210 239	902 622	1 058 126	44 332	4 900 545	272 596	66 963	181 773	521 332	27
69 384	330 843	410 035	14 117	1 885 655	94 968	26 182	230 685	351 835	28
-	505 087	614 653	13 602	2 495 557	92 951	14 017	124 489	231 457	29
524 157	1 338 710	1 567 627	136 763	7 873 600	197 097	84 306	210 127	491 530	30
131 722	272 609	284 151	30 189	1 664 718	84 149	18 684	82 660	185 493	31
12	5 121	17 578	2	72 202	7 730	601	11 788	20 119	32
-	2 719	989	39	18 975	2 673	-	117	2 790	33
131 710	254 348	256 950	30 147	1 535 970	72 083	18 082	70 755	160 920	34
-	10 421	8 634	-	37 570	1 663	-	-	1 663	35
23 360	71 984	80 910	5 773	347 956	10 590	4 091	10 767	25 448	36
73 963	142 976	326 489	33 239	1 168 901	35 569	27 265	27 843	90 677	37
-	12	-	8	20	-	-	-	-	38
2 016 635	6 944 628	6 932 917	500 801	36 877 792	1 822 472	587 634	1 020 696	3 430 802	39
407 423	1 103 548	1 439 597	132 611	7 191 109	324 760	148 827	242 705	716 292	40
1 415 283	5 724 752	5 415 212	336 494	28 776 536	1 481 271	414 572	765 153	2 660 996	41
193 929	116 328	78 108	31 696	910 147	16 441	24 235	12 838	53 514	42
20 098 070	76 007 917	74 143 792	5 561 162	405 113 986	37 468 208	6 662 686	19 414 925	63 545 819	43

Steuerverteilung

x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
8 892 456	27 653 420	30 201 783	2 483 245	154 576 385	5 787 614	1 819 715	4 304 550	11 911 879	51	
1 032 825	3 564 842	4 341 991	278 024	20 336 952	787 920	241 506	868 343	1 897 769	52	
5 298 152	17 879 724	17 984 364	1 230 637	93 265 535	3 935 797	1 148 582	2 061 324	7 145 703	53	
2 453 700	5 768 367	7 500 435	952 918	38 926 416	969 313	403 963	1 278 429	2 651 705	54	
107 779	440 487	374 993	21 666	2 047 482	94 584	25 664	96 454	216 702	55	
3 304 058	11 025 766	11 372 581	811 298	59 841 134	2 732 349	863 688	1 411 332	5 007 368	56	
2 016 635	6 944 628	6 932 917	500 801	36 877 792	1 822 472	587 634	1 020 696	3 430 802	57	
212 406	880 973	737 282	42 533	4 078 418	189 168	51 327	192 909	433 404	58	
1 499 829	4 962 111	5 176 946	353 030	27 041 760	1 099 044	327 381	583 544	2 009 969	59	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	60	
134	- 25	129	-	- 318	36	8	- 2	42	61	

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	447 819	30 754	102 225	56 801	33 365
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	7 459 582	275 506	849 928	2 095 488	663 863
3	Gewerbsteuer (brutto)	31 437 532	762 647	2 557 475	9 076 939	3 487 734
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 511 822	122 000	379 612	1 233 966	469 646
5	Gewerbsteuer (netto)	26 925 710	640 647	2 177 863	7 842 973	3 018 088
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	29 051 729	1 092 272	2 852 635	8 165 748	2 939 189
7	Grunderwerbsteuer.....	333 183	-	29 395	44 334	26 651
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	630 478	37 748	79 963	173 143	98 852
9	Insgesamt ...	64 848 502	2 076 927	6 092 009	18 378 487	6 780 008
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	16 879	478	2 533	4 974	1 113
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	2 850 815	87 380	284 808	1 139 744	316 395
12	Gewerbsteuer (brutto)	13 683 237	261 586	969 069	5 053 469	1 965 752
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 716 624	35 648	130 107	633 919	222 458
14	Gewerbsteuer (netto)	11 966 613	225 938	838 962	4 419 550	1 743 294
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	9 192 352	266 603	717 482	3 875 360	814 111
16	Grunderwerbsteuer	106 127	-	5 880	23 104	6 635
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	192 794	5 374	27 732	80 370	47 996
18	Insgesamt ...	24 325 580	585 773	1 877 397	9 543 101	2 929 544

im Jahr 1987 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern
DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

gesamt									
32 528	48 213	139 470	2 634	445 990	1 220	469	140	1 829	1
374 895	1 055 335	1 300 127	129 977	6 745 119	323 540	148 358	242 565	714 463	2
1 415 283	5 724 752	5 415 212	336 494	28 776 536	1 481 271	414 572	765 153	2 660 996	3
212 406	880 973	737 282	42 533	4 078 418	189 168	51 327	192 909	433 404	4
1 202 877	4 843 779	4 677 930	293 961	24 698 118	1 292 103	363 245	572 244	2 227 592	5
1 499 829	4 962 111	5 176 946	353 030	27 041 760	1 099 044	327 381	583 544	2 009 969	6
140 770	-	56 521	17 671	315 342	-	17 841	-	17 841	7
53 159	116 328	21 587	14 025	594 805	16 441	6 394	12 838	35 673	8
3 304 058	11 025 766	11 372 581	811 298	59 841 134	2 732 349	863 688	1 411 332	5 007 368	9

Städte									
2 088	2 013	3 681	-	-	x	x	x	x	10
152 181	284 888	585 419	-	-	x	x	x	x	11
671 303	1 832 371	2 929 687	-	-	x	x	x	x	12
90 908	250 879	352 705	-	-	x	x	x	x	13
580 395	1 581 492	2 576 982	-	-	x	x	x	x	14
468 994	1 070 103	1 979 699	-	-	x	x	x	x	15
48 417	-	22 091	-	-	x	x	x	x	16
11 139	13 141	7 042	-	-	x	x	x	x	17
1 263 214	2 951 637	5 174 914	-	-	x	x	x	x	18

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1987 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern
1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
-----------	-------------------	----------------------------------	--------------------	-----------------------------------	--------	--------------------------	----------------------------	--------	-----------------------------

Kreisangehörige Gemeinden

Grundsteuer A									
(Land- und Forst- wirtschaft)	427 543	30 276	99 691	51 828	32 252	30 440	46 201	134 221	2 634
Grundsteuer B									
(Sonstige Grund- stücke)	3 894 252	188 126	565 120	955 744	347 468	222 715	770 446	714 656	129 977
Gewerbsteuer (brutto)	15 093 056	501 061	1 588 405	4 023 470	1 521 982	743 980	3 892 381	2 485 283	336 494
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 361 793	86 352	249 504	600 047	247 188	121 498	630 094	384 577	42 533
Gewerbsteuer (netto) ..	12 731 263	414 709	1 338 901	3 423 424	1 274 794	622 482	3 262 287	2 100 706	293 961
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	17 849 406	825 669	2 135 152	4 290 388	2 125 078	1 030 834	3 892 008	3 197 247	353 030
Grunderwerbsteuer	3 061	-	318	-	-	-	-	2 723	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	337 952	22 660	47 990	81 294	44 353	32 847 ^{a)}	82 197	14 544	12 067
Insgesamt ...	35 243 476	1 481 442	4 187 172	8 802 677	3 823 945	1 939 317	8 053 139	6 164 117	791 669

Landkreise

Grundsteuer A									
(Land- und Forst- wirtschaft)	1 570	-	-	-	-	-	-	1 570	-
Grundsteuer B									
(Sonstige Grund- stücke)	53	-	-	-	-	-	-	53	-
Gewerbsteuer (brutto)	240	-	-	-	-	-	-	240	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	240	-	-	-	-	-	-	240	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	206 156	-	23 197	21 230	20 016	92 355	-	31 687	17 671
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	64 059	9 714	4 240	11 479	6 503	9 172	20 993	-	1 958
Insgesamt ...	272 077	9 714	27 436	32 709	26 519	101 526	20 993	33 551	19 629

1) Bei Kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 3 551 (000) DM der Verbandsgemeinden.

5 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1987 nach Ländern bzw. Steuerarten

1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	1 481 442	797 435	684 005
Niedersachsen	4 187 172	2 967 276	1 219 898
Nordrhein-Westfalen	8 802 677	8 422 157	380 520
Hessen	3 823 945	2 806 520	1 017 425
Rheinland-Pfalz	1 939 317	526 261	1 413 057
Baden-Württemberg	8 053 139	5 123 094	2 930 045
Bayern	6 164 117	2 478 725	3 685 389
Saarland	791 669	742 383	49 286
Bundesgebiet ...	35 243 476	23 863 851	11 379 625
davon:			
Grundsteuer A	427 543	126 917	300 626
Grundsteuer B	3 894 252	2 606 360	1 287 890
Gewerbesteuer	15 093 056	11 000 806	4 092 254
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	2 361 793	1 690 863	670 929
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer	17 849 406	11 598 389	6 251 018
Übrige Gemeindesteuern	341 013	222 244	118 766

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.1 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1983 bis 1987

Jahr	Bruttosozial- produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt ²⁾	
		Mrd. DM	in % des Brutto- sozialprodukts
1983	1 680,4	396,5	23,6
1984	1 769,9	414,6	23,4
1985	1 844,9	437,1	23,7
1986	1 948,0	452,6	23,2
1987	2 023,3	468,5	23,2

1) Ab 1985 vorläufiges Ergebnis.

2) Ohne Lastenausgleichsabgaben.

6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten

in den einzelnen Vierteljahren 1987

%

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	+ 6,6	+ 7,8	+ 7,9	+ 8,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 9,3	+ 10,4	+ 5,0	+ 7,8
Kapitalertragsteuer	- 2,1	- 20,2	+ 8,5	+ 7,6
Körperschaftsteuer	- 12,4	- 32,0	- 5,6	- 10,6
Umsatzsteuer	+ 24,4	+ 15,7	+ 9,9	+ 10,1
Einfuhrumsatzsteuer	- 10,9	- 4,3	+ 2,0	+ 5,0
Gesellschaftsteuer	+ 20,4	- 24,5	- 2,1	- 21,2
Versicherungsteuer	+ 6,9	+ 3,0	+ 11,1	- 0,2
Wechselsteuer	- 14,6	- 8,8	- 5,7	- 17,9
Zölle	+ 2,7	+ 3,9	+ 8,5	+ 8,3
Tabaksteuer	+ 2,0	+ 5,1	- 4,6	- 0,3
Kaffeesteuer	- 9,3	+ 6,0	+ 10,8	+ 3,9
Branntweinabgaben	- 1,0	+ 1,9	- 2,1	+ 1,3
Schaumweinsteuer	+ 15,2	+ 9,3	+ 10,2	+ 9,9
Mineralölsteuer	+ 8,3	- 5,9	+ 3,8	+ 3,5
Biersteuer	+ 5,0	- 7,2	- 1,3	+ 3,5
Vermögensteuer	+ 19,5	+ 22,8	+ 28,1	+ 22,9
Erbschaftsteuer	- 10,1	+ 14,9	- 16,3	+ 146,9
Kraftfahrzeugsteuer	+ 4,0	- 15,8	- 19,6	- 5,0
Rennwett- u. Lotteriesteuer	+ 9,6	+ 8,1	+ 2,4	+ 4,0
Feuerschutzsteuer	+ 0,5	- 5,0	+ 9,7	+ 9,0
Grunderwerbsteuer (staatliche und kommunale Anteile zusammen)	+ 2,1	- 7,5	- 1,5	- 4,9
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	+ 1,1	- 2,2	- 4,4	- 1,2
Grundsteuer B	+ 4,3	+ 3,9	+ 4,3	+ 1,9

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1978 bis 1987

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparzulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) ¹⁾	Arbeitnehmer- zulage (Berlinförderungs- gesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- ausgleich ²⁾
1978	3,16	1,85	0,11	6,19
1979	3,10	1,90	0,11	6,05
1980	3,30	2,25	0,17	5,86
1981	3,37	2,35	0,23	6,90
1982	1,90	2,35	0,24	6,78
1983	1,90	2,35	0,22	6,43
1984	1,95	2,45	0,24	5,92
1985	2,05	2,60	0,23	5,79
1986	2,05	2,65	0,22	5,82
1987	2,15	2,80	0,20	5,77

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.

6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1978 bis 1987

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1978	6,04	1983	12,94
1979	6,86	1984	14,20
1980	8,12	1985	15,25
1981	10,39	1986	16,83
1982	11,87	1987	17,67

6.5 Investitionszulagen*) 1978 bis 1987

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an					
	veranlagter Einkommensteuer			Körperschaftsteuer		
	geleistet			geleistet		
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
		§ 4a	§ 4b		§ 4a	§ 4b
		InvZulG			InvZulG	
1978	805	4	474	1 355	61	679
1979	447	2	66	1 018	67	296
1980	508	4	14	941	78	48
1981	614	11	5	1 224	94	- 4
1982	565	28	7	1 214	154	6
1983	1 366	13	839	1 797	219	508
1984	2 562	23	2 027	3 505	255	2 066
1985	1 514	15	986	2 587	207	1 166
1986	779	8	206	1 668	174	258
1987	801	51	28	1 863	202	78

*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungs-gesetz.

Fachserie 14:

Finanzen und Steuern

Reihe 1: Haushaltsansätze

Ab Berichtsjahr 1981 eingestellt (nur noch Kommentierung in „Wirtschaft und Statistik“).

Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

Der vierteljährliche Bericht gliedert die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Arten und Körperschaftsgruppen. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Baumaßnahmen nach ausgewählten Aufgabenbereichen aufgeschlüsselt; die kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Schuldenstand der Gebietskörperschaften sind in gesonderten Übersichten dargestellt.

In dem Bericht für das 2., 3. und 4. Vierteljahr werden auch kumulierte Ergebnisse (Halbjahr, Dreivierteljahr, Jahr) veröffentlicht.

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

In dieser Reihe erscheinen jährlich nach Aufgabenbereichen, Ausgabe-/Einnahmearten und Ländern gegliederte Berichte über die Rechnungsergebnisse

des öffentlichen Gesamthaushalts (3.1), der staatlichen Haushalte (3.2) (ab Berichtsjahr 1980 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich.) und der kommunalen Haushalte (3.3).

Daneben erfolgt für einzelne wichtige Aufgabenbereiche eine tiefere funktionale Aufgliederung der Jahresrechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, und zwar für

Bildung, Wissenschaft und Kultur (3.4), Soziale Sicherung und Gesundheit, Sport, Erholung (3.5), Verkehr und Nachrichtenwesen (3.7), (ab Berichtsjahr 1980 eingestellt, zum Teil in Reihe 3.1 enthalten), Wirtschaftsförderung (3.8). (Berichtsjahr 1979 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich; weitere Berichterstattung eingestellt.)

Veröffentlichung von Ergebnissen der Hochschulfinanzstatistik siehe Fachserie 11, Reihe 4.5.

Reihe 4: Steuerhaushalt

Die vierteljährlichen Berichte (4. Vierteljahr mit Jahresergebnis) enthalten Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern und Steuerarten sowie über die Verteilung im Rahmen des Steuerverbundes. Zum Jahresergebnis werden ergänzend methodische Erläuterungen mit Hinweisen auf Zahlungsweise, Zahlungstermine und Tarife der ergebnisgebenden Steuern gebracht.

Reihe 4.S: Sonderbeiträge

Reihe 4.S.1: Kassenmäßige Steuereinnahmen 1967 bis 1976

Dieser Bericht enthält für die Jahre 1967 bis 1976 nach Ländern gegliederte Angaben über das jährliche Einkommen an Einzelsteuern und deren Verteilung auf die Körperschaften Bund, (Europäische Gemeinschaften) Länder und Gemeinden/Gv. Für den gemeindlichen Bereich sind die Daten darüber hinaus nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen unterteilt. In langen Reihen wird ein Überblick über die Einnahmeentwicklung seit 1950 gegeben.

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

In der jährlichen Veröffentlichung werden Angaben über den Stand der Schulden von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und sonstigen juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit nach Arten und Fälligkeit sowie über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen dieser Körperschaften gebracht. Außerdem werden die Schuldenaufnahmen und Tilgungen nachgewiesen.

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Für den Stichtag 30. Juni werden jährlich Angaben über den Personalstand von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, sowie der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst) u.a. nach dem Dienstverhältnis veröffentlicht. Ferner werden Daten über das Personal der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialversicherungsträger und der Träger der Zusatzversorgung (mittelbarer öffentlicher Dienst), der rechtlich selbständigen öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen und der sonstigen juristischen Personen mit überwiegender öffentlicher Finanzierung nachgewiesen. Über die Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften werden Eckzahlen dargestellt. In jedem dritten bzw. neunten Jahr enthält die Veröffentlichung zusätzliche Merkmalskombinationen, die nur in dieser Periodizität erhoben werden.

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuer

In dreijährlicher Folge werden – unter Auswertung der steuerlichen Veranlagungsergebnisse – folgende Steuerstatistiken herausgegeben:

7.1 Einkommensteuer

Der Bericht gibt Aufschlüsse über die Höhe und Struktur der Einkünfte, die Besteuerung des erfaßten Einkommens sowie über Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und Sondervergünstigungen der zur Einkommensteuer veranlagten natürlichen Personen. Ferner sind die Einkünfte aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in einer steuerlichen Einkommenspyramide dargestellt. Daneben werden aufgrund einheitlicher Gewinnfeststellung die Einkünfte und Sondervergünstigungen von Personengesellschaften/Gemeinschaften nachgewiesen.

7.2 Körperschaftsteuer

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über Höhe, Verteilung und Besteuerung des steuerlich erfaßten Einkommens der Körperschaften. Das Einkommen und die Steuerschuld der Körperschaftsteuerpflichtigen werden u.a. in der Gliederung nach Rechtsformen, Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und im 6-jährigen Turnus nach Wirtschaftszweigen veröffentlicht.

7.3 Lohnsteuer

Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf den Bruttolohn und die Lohnsteuer der veranlagten und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen in der Gliederung nach Größenklassen des Bruttolohns und der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Steuerklassen und Geschlecht.

7.4 Vermögensteuer

Die Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: 3jährlich) enthält Angaben über Zusammensetzung und Höhe des Vermögens der zur Vermögensteuer veranlagten Steuerpflichtigen. Die Schichtung des Vermögens wird für die natürlichen Personen u.a. in Verbindung mit ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, und der Haushaltsgröße der Veranlagungsgemeinschaft dargestellt, für die nichtnatürlichen Personen in Verbindung mit Rechtsformen.

7.5 Einheitswerte

7.5.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe: Der in 3jährlicher Folge erscheinende Bericht vermittelt einen Einblick in Umfang und Struktur des bewerteten Betriebsvermögens. Auf der Grundlage der Vermögensaufstellung zur Ermittlung des Einheitswerts des gewerblichen Betriebs oder des einem freien Beruf dienenden Vermögens wird der nach bewertungsrechtlicher Abgrenzung festgestellte Vermögens- und Kapitalaufbau in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen sowie nach Rechtsformen und Einheitswertgruppen nachgewiesen.

Reihe 8: Umsatzsteuer

Die zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält Angaben über Steuerpflichtige, steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuer in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen, z.T. kombiniert mit Umsatzgrößenklassen und Rechtsformen. Ferner werden u.a. Angaben über steuerfreie und steuerpflichtige Umsätze (nach Art der Steuersätze), über Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer und abziehbare Vorsteuer gemacht. Darüber hinaus erfolgt der Nachweis der Steuerpflichtigen, des Umsatzes und der Umsatzsteuer nach kreisfreien Städten und Landkreisen.

Reihe 9: Verbrauchsteuern

9.1 Tabaksteuer

9.1.1 Absatz von Tabakwaren und Zigarettenhüllen (vierteljährlich). Im Bericht für das 4. Vierteljahr wird auch das Jahresergebnis veröffentlicht.

9.1.2 Tabakgewerbe (jährlich). Mit einem Überblick über Herstellung, Einfuhr und Absatz von Tabakwaren.

9.2 Biersteuer

9.2.1 Absatz von Bier (monatlich). In den Berichten für September und Dezember wird auch das Ergebnis für das Braujahr (1. 10. – 30. 9.) bzw. Kalenderjahr veröffentlicht.

9.2.2 Brauwirtschaft (jährlich). Mit Angaben über Braustätten und ihre Erzeugung.

9.3 Mineralölsteuer

Der jährlich erscheinende Bericht bringt Nachweisungen über die versteuerten Mengen und die Verwendung von steuerbegünstigtem Mineralöl.

9.4 Branntweinmonopol

In jährlicher Folge werden Brennereien, Alkoholerzeugung und -absatz, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen sowie Einnahmen aus dem Branntweinmonopol nachgewiesen.

9.5 Schaumweinsteuer

Der Jahresbericht enthält Angaben über die Schaumweinhersteller, ihren Absatz sowie über das Steuersoll.

9.6 Kleinere Verbrauchsteuern

Je ein Bericht wird jährlich über die Besteuerung von Salz und Zucker veröffentlicht.

Reihe 10: Realsteuern

10.1 Realsteuervergleich

Der jährliche Bericht umfaßt Angaben über Istaufkommen, Grundbeträge, gewogene Durchschnittshebesätze und Hebesatzstreuung bei den einzelnen Realsteuern sowie über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die an Bund und Länder abgeführte Gewerbesteuerumlage. Außerdem werden Steuerkraftberechnungen für die einzelnen kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr und die nach Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden veröffentlicht.



STATISTISCHES BUNDESAMT
GUSTAV-STRESEMANN-RING 11
6200 WIESBADEN 1

Veröffentlichungen und Prospekte sind durch den Verlag
W. Kohlhammer GmbH, Philipp-Reis-Straße 3, Postfach
4211 20, 6500 Mainz 42, Tel. (061 31) 5 90 94/95, erhältlich.